



N i e d e r s c h r i f t
über die 5. - öffentliche - Sitzung
der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das
ehrenamtliche Engagement verbessern“
am 18. November 2020
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung der Landesregierung (Kultusministerium) in Ergänzung der bereits mit Datum vom 3. November 2020 übersandten schriftlichen Unterrichtung sowie zu dem Aspekt “Kommunalpolitische Bildung an Schulen - Politik zum Anfassen“**
Unterrichtung..... 3
Aussprache 5
2. **Kommunalpolitische Bildung an Schulen - Politik zum Anfassen**
Anhörung
- Landeszentrale für politische Bildung 13
3. **Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung** 21
4. **Zusammenfassung der Ergebnisse** 27

Anwesend:**Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)
3. Abg. Dunja Kreiser (SPD)
4. Abg. Kerstin Liebelt (SPD)
5. Abg. Bernd Lynack (SPD)
6. Abg. Hanna Naber (SPD)
7. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Veronika Koch (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
10. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
11. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
12. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
13. Abg. Volker Bajus (GRÜNE), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
14. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP), per Videokonferenztechnik zugeschaltet

Externe Sachverständige:

Karl-Heinz Banse (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Dr. Florian Hartleb (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Falk Hensel,
Dagmar Hohls,
André Kwiatkowski (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Insa Lienemann,
Annette Reus (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Jens Risse (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Prof. Dr. Joachim Winkler (per Videokonferenztechnik zugeschaltet).

Als stellvertretendes Mitglied nahmen an der Sitzung teil:

Dr. Thomas Krüger.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,
Regierungsrat Martin.
Dr. Micus (wissenschaftliche Begleitung),
Deyke (wissenschaftliche Begleitung)

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer (TOP 2 und TOP 3),
Regierungsdirektor Schröder (TOP 1),
Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14.04 Uhr bis 16.41 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Unterrichtung der Landesregierung (Kultusministerium) in Ergänzung der bereits mit Datum vom 3. November 2020 übersandten schriftlichen Unterrichtung sowie zu dem Aspekt „Kommunalpolitische Bildung an Schulen - Politik zum Anfassen“

Unterrichtung

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Wir hatten unseren Fragenkatalog noch um einige Fragen ergänzt. Vielleicht können wir das eine oder andere im Gespräch klären. Vielleicht muss die eine oder andere Frage aber auch zurückgestellt und später beantwortet werden.

LMR'in **Schanz** (MK): Wir freuen uns sehr, dass wir den Bericht, der Ihnen bereits schriftlich vorliegt, mündlich kommentieren können und auch auf einige Fragen, die Sie gestellt haben, eingehen können.

Ich kann Ihnen aber schon vorab sagen, dass wir dazu noch keine umfassende Antwort geben können, weil unsere schulfachlichen Referate, die dazu in besonderer Weise gefragt sind, momentan corona-bedingt sehr unter Druck stehen, so dass wir Ihnen dazu gerne etwas schriftlich nachliefern möchten. Das war angesichts der kurzen Fristsetzung nicht möglich. Einen Teil der Antworten auf Ihre Fragen aber haben wir Ihnen mitgebracht; den bekommen Sie natürlich schriftlich und auch sozusagen in der Komplettübersicht.

Der Bericht liegt Ihnen vor. Insofern werde ich ihn hier nicht vorlesen; dafür ist er auch viel zu lang. Das zeigt auch, wie wir uns zusammen mit anderen Referaten darum bemühen, das ehrenamtliche Engagement von Kindern und Jugendlichen in der politischen Bildung und in der Demokratiebildung zu stärken.

Ich möchte, bevor ich auf Ihre Fragen und den Bericht eingehe, noch kurz auf die Initiative „Demokratisch gestalten“ eingehen, die Ihnen allen sicherlich bekannt ist. Wir haben zu dieser Initiative Flyer; diese haben wir Ihnen mitgebracht. Auch diejenigen, die heute hier vor Ort nicht präsent sein können, bekommen sie als Anlage. Mein Kollege Dr. Walter hat einige Exemplare mitgebracht, die er jetzt herumgeben kann.

Diese Initiative, die im vergangenen Jahr als große Initiative zur Stärkung von Engagement von Kindern und Jugendlichen gestartet ist, zeigt, dass das sozusagen ein durchgängiges Prinzip ist.

Im November vergangenen Jahres fand die Auftakttagung für die Initiative „Demokratisch gestalten“ statt. Dort waren viele Hundert Menschen aus Schule, Zivilgesellschaft, vielen Verbänden, Vereinen und Kommunen anwesend. Etwa ein Viertel der Personen, die dabei waren, waren junge Leute, die ihre Ideen zum Thema Nachhaltigkeit, zum Thema Beteiligung und zu ihren Visionen geäußert haben, wie die Welt von morgen aussehen soll.

Gestatten Sie mir ein anschauliches Beispiel: Die elfjährige Emma von der KGS Pattensen hat zwei Dinge gesagt, die auch für Sie von Interesse sein könnten. Sie hat gesagt: „Toll, dass man hier etwas machen kann“. Das zeigt das Interesse von Kindern und Jugendlichen, sich aktiv zu beteiligen. Und am Ende hat sie gesagt: „Traut euch!“. Das war ein sehr schönes Abschlusswort von Emma, das uns seither begleitet. Wir gehen in allen Bereichen, die Sie diesem Flyer entnehmen können, ganz stark in die Richtung, zu überlegen, wie wir schulisches Engagement mit außerschulischem Engagement koppeln können, wie sich Schulen öffnen können und wie wir für junge Menschen Wege und Orte finden können, sich in der Kommune und auch darüber hinaus beteiligen zu können.

Für diejenigen, die heute nicht hier sein können, will ich die vier großen Bausteine des Flyers vorstellen. Dabei geht es nämlich darum, regionale Schulnetzwerke zum Erwerb von Demokratie- und Nachhaltigkeitskompetenzen aufzubauen. Da hat uns Corona nicht ganz, aber ein bisschen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir haben jetzt einige regionale Konferenzen dazu gehabt - immer in enger Kooperation von Schulen mit zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern, weil die Idee ist, dass in dem Zusammenspiel von Schule und außerschulischer Kinder- und Jugendbildung viel Engagement entstehen und wachsen kann.

Wir hatten zu diesem Thema in den vergangenen Jahren in der Evangelischen Akademie Loccum mehrere Veranstaltungen, auch gemeinsam; Ulrika Engler wird nachher noch vortragen. Bei diesen Veranstaltungen haben wir immer um die Frage gerungen, wie wir gemeinsam, in guter Ab-

stimmung, das ehrenamtliche Engagement junger Menschen weiter stärken können. Eigentlich muss aber vorher angesetzt werden: Wie können wir sie ermutigen, sich zu beteiligen? Das ist sozusagen der erste Schritt. Dazu sage ich gleich noch mehr.

Das ist die erste Säule der Initiative.

Die zweite Säule ist „Kinderrechte und Partizipation im Primarbereich stärken“. Sie haben in dem Papier lesen können, dass wir angefangen haben, in Kooperation mit UNICEF ein großes Grundschul-Kinderrechte-Netzwerk aufzubauen. Die Bewerbungsfrist läuft gerade. In der jüngsten Ausgabe des *Schulverwaltungsblatts* ist ein langer Bewerbungsauftrag mit der Beschreibung der Kriterien usw. Die Schulen melden sich jetzt an. Wir freuen uns, dass eine Säule in diesem Projekt ist, Kinderrechte-Botschafterinnen und -Botschafter zu qualifizieren, also Kinder, die ihre Schule als Kinderrechte-Botschafterin und -Botschafter vertreten, die mit Kindern anderer Schulen zusammenarbeiten. Das ist ein Teil dieses gesamten Projekts.

Wir sind dabei, dazu eine Vereinbarung mit UNICEF zu schließen, um die erste Kohorte Schulen Anfang Februar zu der Auftakttagung zusammenzuholen und dann mit ihnen den weiteren Prozess zu gestalten. Das Interesse ist erfreulich groß. Corona beschäftigt uns natürlich alle. Wir sehen aber, dass Schulen auch an solchen Themen Interesse haben. Das zu sehen, ist erfreulich.

Die dritte Säule, die Sie in diesem Flyer sehen können, ist das Thema „Friedensbildung in der Schule stärken“. Warum gerade das ein wichtiges Thema ist, brauche ich in dieser Runde angesichts dessen, was gesellschaftspolitisch gerade passiert, wohl nicht zu erläutern.

Es ist das Ziel, hier in Niedersachsen - auch wieder gemeinsam, von Schulen mit Aktiven und Akteuren der Friedenspädagogik - in Initiativen, Vereinen, Verbänden, zusammen mit den großen schulischen Netzwerken - UNESCO-Projektschulen, Schule ohne Rassismus - ein großes Netzwerk zum Thema Friedensbildung aufzubauen. Natürlich geht es auch hier darum, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen, dass sie sich Projekte überlegen und dass sie auf offene Ohren stoßen, wenn sie Projekte realisieren wollen.

Auch zu dem Thema können Sie dem Bericht einiges entnehmen. In der Schule fängt es doch an. Kinder und Jugendliche müssen mit ihren Ideen, sich zu beteiligen, in der Schule gehört werden.

Zu dem Thema „Friedenspädagogisches Netzwerk“ kann ich Ihnen berichten, dass wir dafür Anfang nächsten Jahres eine Koordinierungsstelle im Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung einrichten werden, die den weiteren Prozess koordinieren soll. Es gibt auch eine Steuerungsgruppe, in der auch die Landeszentrale vertreten ist, d. h., wir versuchen schon immer, diese Verknüpfung gut herzustellen, indem wir Schulen mit Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft - hier aus der Friedensbildung - verknüpfen.

Auch hierbei geht es darum, immer wieder zu überlegen, wie sich Schulen weiterentwickeln müssen und sollten, wie Raum und auch Zeit für dieses Engagement geschaffen werden kann.

Die vierte Säule ist „Systemische Grundlagen und Unterstützungsangebote“. Ich möchte sie anhand des Flyers vorstellen.

Wir wollen nicht nur in Projekten arbeiten, sondern diese Ziele in den Schulen implementieren und die Qualitätsentwicklung an den Schulen begleiten. Um dieses Ziel zu erreichen, erarbeiten wir gerade zwei Erlasse. In dem Erlass „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ geht es um die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele. Daneben wird an dem Erlass zu Demokratiebildung gearbeitet. Der eine Erlass ist gerade in der Anhörung, der andere Erlass wird hoffentlich in den nächsten Wochen in die Anhörung gehen.

In diesen Erlassen ist geregelt, dass das Engagement von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Säule darstellt. Dazu gibt es auch eine digitale Plattform, die für Schulen und Akteurinnen und Akteure Anregung bieten soll, gute Praxis zeigt usw.

Damit möchte ich es erst einmal bewenden lassen. Ich habe jetzt viel gesprochen, dachte aber, ich erläutere erst einmal den Bericht und die hinter den einzelnen Projekten stehenden Gedanken, damit Sie das einordnen können.

Gestatten Sie mir noch einen Punkt; damit komme ich auf Ihre Fragen zurück.

Wir haben aus den schulfachlichen Referaten Daten zur Entwicklung des Stundenumfanges im

Fach „Politik/Wirtschaft“ im Sekundarbereich I und II, nach denen gefragt worden ist, mitgebracht. Ich kann Ihnen hierzu vortragen oder Ihnen die Unterlage zur Verfügung stellen. In aller Kürze so viel: Politik/Wirtschaft beginnt in den Integrierten Gesamtschulen und Kooperativen Gesamtschulen in Klasse 5 und 6 mit jeweils drei bzw. vier Stunden. Im Kern wird der Unterricht in Klasse 7, 8, 9 und 10 an den Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen, IGSn und KGSn weiter erteilt, wobei bei den KGSn im Jahrgang der Klasse 9 nur zwei Stunden Politikunterricht angeboten werden. Sie sehen, dass hier Zahlen für die Gymnasien und die BBSn noch fehlen. Die Zahlen zu den Gymnasien und den BBSn müssen wir nachreichen. Die Kolleginnen und Kollegen sind corona-bedingt noch nicht dazu gekommen.

Im Sekundarbereich II ist das Fach Politik/Wirtschaft sowohl als Pflichtfach als auch als Wahlpflichtfach in der Einführungsphase dreistündig. In der Qualifikationsphase ist das Fach Politik/Wirtschaft als Schwerpunktfach in allen vier Schulhalbjahren fünfstündig, und als Ergänzungsfach ist das Fach Politik/Wirtschaft in zwei Schulhalbjahren dreistündig.

Die Kollegin aus dem Referat für Grund-, Haupt- und Realschulen hat uns eine Übersicht über die Themenfelder gegeben, in der die Themen, um die es hier in der Kommission geht, in besonderer Weise thematisiert werden. Darauf gehe ich aber nicht im Einzelnen ein; das können Sie später nachlesen.

Folgendes aber ist mir wichtig: Sie sehen hier die Themenfelder; aber wie diese Themenfelder ausgefüllt werden, ist, weil die Schulen eigenverantwortlich sind, jeweils Sache der einzelnen Schule. Wir unterstützen die Schulen und die Schulleitungen dahin gehend, dass die Stärkung von Engagement und Partizipation überall, auch in diesen Fächern, mitgedacht wird.

Aussprache

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Vielen Dank, dass Sie so kurzfristig auf unsere Fragen eingehen konnten, denn es ist uns auch aus Zeitgründen ein Anliegen, mit dem kommunalen politischen Mandat zu beginnen. Deshalb war es uns wichtig, dazu den Faktor Bildung abzufragen. Es wäre schön, wenn Sie uns die Unterlagen näher zur Verfügung stellen würden.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Vielen Dank für Ihren Vortrag und den Flyer „Demokratisch gestalten“. Ich habe eine Frage zu einem Punkt, den Sie explizit herausgestellt haben. Sie hat nicht unbedingt mit der Arbeit der Enquete-Kommission zu tun, interessiert mich aber trotzdem und betrifft den Aspekt „Friedensbildung in den Schulen stärken“. Inwieweit ist die Bundeswehr, also unsere Armee des Grundgesetzes, gesellschaftlicher Partner dieser Projekte? Ich stelle diese Frage ganz bewusst, weil ich gehört habe, dass Jugendoffiziere an manchen Schulen in Niedersachsen nicht willkommen sind.

LMR'in **Schanz** (MK): Ich sagte Ihnen eben schon, dass die Schulen in eigener Verantwortung Schule gestalten. Sie laden Personen in der Regel unterrichtsbezogen ein, natürlich auch unter dem Aspekt des Beutelsbacher Konsenses.

Wir arbeiten im Grundsatz mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr gut zusammen, und wir betrachten das Angebot, die Friedensbildung zu stärken, explizit als ein ergänzendes Angebot und freuen uns, dass es die Angebote der Jugendoffiziere der Bundeswehr schon lange gibt.

Man muss aber dazu sagen, dass wir bisher kein systemisch entwickeltes Angebot hatten, das dem sozusagen ergänzend zur Seite gestellt werden kann.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Vielen Dank für die Beschreibung des Ist-Zustandes. Es gibt schon vielfältige Projekte. Das alles ist auch sehr zu begrüßen.

Ich habe mich, ehrlich gesagt, über die - ich muss es so deutlich sagen - Ausrede gewundert - und musste darüber schmunzeln -, dass man corona-bedingt bisher nicht in der Lage war, zu sagen, wie viele Unterrichtsstunden am Gymnasium erteilt werden. Die für Realschulen, Oberschulen usw. zuständigen Kollegen konnten diese Daten doch auch liefern. Ich hoffe, dass es zeitnah möglich ist, diese Informationen zeitnah nachzureichen.

Wir haben als Enquetekommission die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu überarbeiten, besser noch sie zu verbessern. Deswegen möchte ich den Fokus auf den Politikunterricht richten. Sie sagten gerade, die Schule sei eigenverantwortlich. So weit, so gut. Aber am Ende erstellt das MK die Kerncurricula, wohin es gehen soll. Über die Frage, wie das konkret geschieht, entscheidet

sicherlich die Schule; aber eine grobe Richtung, wie der Unterricht erteilt werden soll, wird ja landesweit erstellt. Hierzu möchte ich gerne wissen, ob es Überlegungen gibt, den Politikunterricht zu ändern. Ich muss zugeben, dass auch ich schon ein paar Jahre aus der Schule raus bin und nicht weiß, wie aktuell in den Schulen gelehrt wird. Ich erinnere mich aber dunkel an Politikunterricht, der sich im Wesentlichen auf irgendwelche Schaubilder beschränkte, die Auskunft darüber gaben, wer wen warum wählt und was Gewaltenteilung ist.

Am Ende, wenn es darum ging, zu erfahren, wie Politik konkret funktioniert, blieb vieles unbeantwortet. Ich will jetzt nicht darauf hinaus, dass gelernt werden sollte, wie ein Entschließungsantrag geschrieben werden muss. Darum geht es mir nicht. Aber die Ebene vor Ort, die Kommunalpolitik, die greifbarste Ebene, die auch die schnellsten und deutlichsten Auswirkungen auf das Leben vor Ort hat, wurde im Unterricht eigentlich gar nicht behandelt. Das aber ist doch die Ebene, wo ich die Schüler hinbewegen sollte, um Politik greifbar und erlebbar zu machen usw., damit sie sich am Ende entscheiden, mitzumachen. Das findet bisher nicht statt. Vielleicht ist das mittlerweile anders. Daher die Frage: Ist Politikunterricht nicht mehr so, wie ich ihn kennengelernt habe, und wenn er doch noch so ist: Gibt es Überlegungen, das vielleicht zu überarbeiten?

LMR'in **Schanz** (MK): Auf diese Frage kann ich ganz kurz eingehen. Ich sagte schon, dass die Schulen eigenverantwortlich sind. Es gibt in Niedersachsen ungefähr 3 500 Schulen. Wenn wir an unsere Schulzeit denken, dann wissen wir doch alle, dass es sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer, aber auch andere gab.

Die Rahmenbedingungen werden durch die Curricula festgelegt. Aber wie sie konkret umgesetzt werden, ist Sache der Schule. Ich sagte es eben schon, dass wir durch unsere Initiativen versuchen, darauf Einfluss zu nehmen, die Schule als Ort der Demokratiebildung zu stärken.

An der Stelle möchte ich gerne darauf eingehen, dass Politikunterricht das eine ist. Ich habe kurz vorgetragen, wie viele Stunden pro Fach erteilt werden. Aber politische Bildung ist weit mehr als das, was im Politikunterricht stattfinden kann. „Politische Bildung“ meint, dass Schülerinnen und Schüler die Schule als demokratischen Lern- und Lebensort kennenlernen können und dass sie lernen, wie sie sich beteiligen können. Genau

das, was Sie eben formuliert haben, findet unserer Meinung nach nicht nur im Politikunterricht statt, sondern z. B. auch in den Schülerinnen- und Schülervertretungen usw. Das ist ein sehr umfassendes Konzept.

Ich hoffe, dass viele Schülerinnen und Schüler andere Erfahrungen machen können, als Sie sie gemacht haben.

Frau **Annette Reus**: Vielen Dank für die interessanten Ausführungen und für die Vielfalt von Engagement, das schon stattfindet.

Ich habe eine kurze Nachfrage. Inwieweit sind gerade die Hauptschulen bei den Programmen, die Sie machen, im Fokus? Die großen Untersuchungen und Engagementberichte und gerade der letzte große Engagementbericht der Bundesregierung haben gezeigt, dass es einen direkten, engen Zusammenhang zwischen Bildung und Engagement gibt, also dass sich bildungsbezogene Nachteile und das Gefälle dort im Engagement weiter fortsetzen - und dort sogar noch einmal verstärkt, weil ehrenamtliches Engagement in der Regel wieder zu neuen Startvorteilen führt, da die Ehrenamtlichen ihre Kompetenzen erweitern, Netzwerke aufbauen, neue Kontakte herstellen usw. Insofern bin ich neugierig, ob speziell die Hauptschulen in dieser Hinsicht bei den Programmen besonders im Blick sind bzw. eine besondere Aufmerksamkeit bekommen.

LMR'in **Schanz** (MK): Wir sind uns der hohen Verantwortung, aber auch der besonderen Möglichkeiten, die die Schule als ein Lern- und Lebensort darstellt, an dem wir alle Kinder und Jugendlichen erreichen können, sehr bewusst. Das ist der große Vorteil auch gegenüber der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung, die absolut wichtig ist. In der Schule sind alle, und zwar aus allen gesellschaftlichen Schichten. Wir wissen natürlich - das wissen auch alle, die hier im Raum sitzen -, dass Kinder aus - ich nenne sie jetzt einfach mal so - privilegierten Familien auch in der Familie und darüber hinaus einen einfacheren Zugang zu gesellschaftlichem Engagement bekommen, indem etwa abends über das Engagement gesprochen wird und es gewürdigt wird und vielleicht alle Familienmitglieder irgendwie mit eingespannt werden; das alles kennen wir.

Wir wollen mit all den Maßnahmen, die wir aufgeschrieben haben, mit den Zielsetzungen, die ich dargestellt habe, ganz besonders die Kinder und Jugendlichen erreichen, die die Schule als Ort der

Wertschätzung, der Anerkennung, des Empowerments, der Ermutigung und Stärkung brauchen. Dafür sind die Hauptschulen natürlich sehr wichtig, weil wir dort diese Kinder und Jugendlichen besonders gut erreichen können.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Wir haben inzwischen eine unglaublich breite Projektlandschaft, was politische Bildung an Schulen angeht. Werden die Projekte gerade in Bezug auf deren Wirksamkeit eigentlich auch evaluiert?

Zweitens. Es gibt viele Schulen, die sehr aktiv sind, aber es gibt auch Schulen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht so aktiv sein können. Gibt es einen Überblick, an wie vielen Schulen solche Projekte überhaupt stattfinden und wie groß die Reichweite der Projekte ist?

In Ihrem Papier wird die strukturelle Verankerung der politischen Bildungsarbeit in der Praxis durch Schülervertretungen angesprochen. Wie viele Schulen gibt es, an denen es keine Schülervertretung gibt? Gibt es Programme, wie diese gegebenenfalls gestärkt werden können? Ich weiß nur von Verfügungsstunden. Aber gibt es noch darüber hinaus Bemühungen seitens des Ministeriums?

Wir fokussieren uns sehr stark darauf, wie Politik funktioniert. Sie haben gesagt, wie wichtig es ist, Politik selbst zu erfahren - also Selbstwirksamkeit - und politische Prozesse auszuprobieren. Es gibt inzwischen viele Partizipations- und Beteiligungsprojekte auf kommunaler Ebene, aber auch an den Schulen selbst. Gibt es darüber einen Überblick?

Gibt es irgendeine Art von Verbindlichkeit in dem Sinne, dass im curricularen Zusammenhang gesagt wird, dass irgendeine Art von Partizipations- oder Gestaltungsprojekt durchgeführt werden muss?

Gibt es auch Planspiele? Ich kenne es aus der Schulzeit meiner Tochter, dass dort UNO-Sitzungen nachgestellt wurden.

Es gibt in Niedersachsen - ich glaube, inzwischen sogar deutschlandweit - einige Kommunen, die mit den jeweiligen kommunalen Räten ein Hospitationsprogramm durchführen. Das nennt sich „Kommunalpolitik macht Schule“. Da können Schülerinnen und Schüler kommunale Abgeordnete für eine gewisse Zeit begleiten. Das Angebot wird aber auch pädagogisch unterstützt. Gibt es

Überlegungen, so etwas systematischer durchzuführen?

LMR'in **Schanz** (MK): Ja, wir haben eine ziemlich breite Projektlandschaft. Nicht alle Projekte werden evaluiert, einige Projekte aber schon.

Wir starten jetzt im Rahmen der Umsetzung der beiden vorhin erwähnten Erlasse mit einem Modellprojekt, das „Zukunftsschule“ heißt. Wir werden etwa 20 Schulen, die die Punkte, die ich nicht alle wiederholen will - Engagement, Partizipation, Selbstwirksamkeitserfahrung -, in innovativen Formaten verwirklichen wollen, einladen, in dem Modellprojekt mitzuarbeiten, mit dem Ziel, in fünf Jahren Schulentwicklung Erfahrungen zu generieren. Diese Erfahrungen wollen wir dann allen Schulen zur Verfügung stellen. Dieses Projekt wird wissenschaftlich begleitet werden. Wir erhoffen uns daraus Impulse für die Schullandschaft insgesamt.

Sie haben gefragt, wie viele Schulen es gibt, die keine Schülervertretungen haben. Dazu habe ich keine Zahlen parat, ich kann sie aber bei uns im Haus gerne erfragen. Natürlich ist unser Interesse, aus der politischen Bildung heraus darauf hinzuwirken, dass es an allen Schulen - zumindest an allen weiterführenden Schulen; aber inzwischen geschieht dies auch an den Grundschulen in Form von Schulversammlungen - Mitbestimmungsgremien gibt, die auch dafür genutzt werden, dass Schülerinnen und Schüler ihre Interessen einbringen können. Dieser Aspekt ist uns sehr wichtig. Insofern werden die Gremien, die wichtige Funktionen haben, mitgedacht.

Sie haben gefragt, ob es eine Verbindlichkeit gibt. Wir haben in den neuen Erlassentwürfen - ich muss betonen, es sind Entwürfe, der eine Entwurf ist in der Anhörung, der andere Entwurf kommt demnächst in die Anhörung - für jede Schule verbindlich geregelt, „Demokratiebildung“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umzusetzen. Wie jede Schule das macht, ist sozusagen in der Eigenverantwortung der Schule zu sehen.

Es ist uns - und auch Herrn Minister Tonne - aber sehr wichtig, dass wir in den Erlassen eine grundlegende Orientierung geben, was mit „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eigentlich gemeint ist. Wir erläutern das Konzept. In beiden Erlassen sind die Zielsetzungen von Partizipation, Engagement, Selbstwirksamkeitserfahrung etc.“ ein sehr wichtiges Element. Wir betrachten sie sozusagen als Geschwistererlasse.

Wir geben diese Gedanken und auch ganz konkrete Unterstützung sowie Beratung derzeit in vielen Zusammenhängen. Ich habe z. B. in der vergangenen Woche an einer Konferenz für Schulleitungen teilgenommen, in der es gerade um das Thema Demokratiebildung ging. Dort haben wir darüber diskutiert, wie die verschiedenen Ansätze, über die wir eben schon gesprochen haben, noch besser und intensiver in Schulprogrammen und Schulentwicklung und Schulkultur verankert werden können.

Im Rahmen der verschiedenen Projekte, die ich genannt habe, ist immer das Thema enthalten, dass Schülerinnen und Schüler interessenbezogen auch mit kommunalen Vertretungen zu tun haben, Abgeordnete begleiten und auch in Ausschüsse gehen. Nachher kommt ja noch „Politik zum Anfassen“. „Pimp your town“ ist ja das Planspiel zur Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik, in dem diese Ziele sehr gezielt verfolgt werden. Wir versuchen aber auch, über unsere Begleitung und Unterstützung solche Möglichkeiten weiterzugeben.

Wir lernen natürlich am meisten durch Erfahrungen. Schülerinnen und Schüler, die im kommunalen Raum Erfahrungen machen können, die lernen, wo sie ihre Interessen einbringen können, wer sich kommunal damit beschäftigt, werden dieses Wissen mitnehmen und als mündige Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig sein, wenn sie nicht mehr in der Schule sind - Stichwort „Lebenslanges Lernen“, „Stärkung von Engagement in der Kindheit und Jugend“ -, damit die Handlungsfähigkeit letztendlich auch anhält.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Zum Stichwort Schülervertretungen ist mir eingefallen: Gibt es eigentlich Rahmenbedingungen dafür, die Schulen schaffen müssen, um ihren Schülervertretungen das notwendige Rüstzeug an die Hand zu geben? Ist es vorgeschrieben, dass ein Raum vorzuhalten ist? Ist für Unterrichtsbefreiung gesorgt? Ist geregelt, dass Formen der Beteiligung unbedingt eingehalten werden müssen? Inwieweit ist eine Schulleitung angehalten, auf die Schülerschaft einzuwirken, dass eine Schülervertretung geschaffen wird, wenn es noch keine gibt?

Ich möchte auf das Projekt „Demokratisch gestalten“ eingehen. Der Flyer liest sich sehr gut, und auch das, was Sie vorgestellt haben, hört sich sehr gut an. Mich interessiert, wie viele Schülerinnen und Schüler insgesamt erreicht werden. Sie haben vorhin von über 3 000 Schulen in Nie-

dersachsen gesprochen. Das ist eine Menge. Aber dahinter stecken auch Schülerzahlen. Wenn eine Schule mit einer Lehrkraft daran teilnimmt, dann bedeutet das ja nicht, dass alle Schülerinnen und Schüler dieser Schule daran partizipieren können.

Jetzt möchte ich noch eine etwas „spinnerige“ Frage stellen. Kommunen und Land sind in den meisten Fällen eine Partnerschaft für unsere Schulen eingegangen. Die Kommunen sind in den meisten Fällen die Schulträger, es gibt auch noch andere. Es müsste sich doch zwischen den Schulträgern und dem Land bzw. dem MK eine Verabredung treffen lassen, dass gerade die Verzahnung zur Kommunalpolitik im Unterricht stattfindet. Ich könnte mir vorstellen, dass hierzu ein Modellprojekt aufgelegt werden könnte, das im Land weiter verbreitet werden könnte, also dass ganz konkret die Schulen vor Ort mit ihren kommunalen Vertretungen zusammenarbeiten.

LMR'in **Schanz** (MK): In dem Bericht, den wir vorgelegt haben, sind die Rahmenbedingungen der Schülervertretungen beschrieben. Es gibt Lehrkräfte, die SV-Beraterinnen und -Berater sind und an den Schulen zur Verfügung stehen, um die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Aufgabe zu begleiten. Dennoch sehen wir auch in dem Feld noch Möglichkeiten, das Engagement und die Wirksamkeit weiter zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Das gehört im Prinzip in den kurzen Zielkatalog, den ich eben schon vorgestellt habe.

Sie fragten, wie viele Schülerinnen und Schüler an den Projekten teilnehmen. Wir können für bestimmte Projekte hierzu Auskunft geben, aber für die großen Netzwerke usw. weniger. Dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ z. B. gehören ungefähr 350 Schulen an. Eigentlich ist das Netzwerk so angelegt, dass Schülerinnen und Schüler die Initiative ergreifen. Sie rufen auch oft bei uns im Ministerium an, weil bei uns die Landeskoordination angesiedelt ist. Wir freuen uns über deren Engagement. Wir bestärken die Schülerinnen und Schüler darin, dass sozusagen die ganze Schule Teil dieses Projekts ist. Sie wissen, dass mindestens 70 % unterschreiben müssen, dass sie diese Zielsetzung verfolgen. Von daher ist die Frage nach den Projekten allgemein recht schwierig zu beantworten. Wir können sie für manche Projekte beantworten, andere Projekte dagegen sind so groß, dass wir eher von Netzwerken sprechen. Das betrifft z. B. auch die UNESCO-Projektschulen.

Wir haben ein ganz großes Netzwerk beim Projekt „Internationale Nachhaltigkeitsschule/Umweltschule in Europa“. Auch da gehen wir ganz stark in Richtung der Stärkung von Schülerengagement usw. Dieses Projekt läuft richtig gut. Auch dazu gibt es manchmal kleinere Projekte in den Schulen. Es wird aber schon das Ziel verfolgt, dass die Schule insgesamt hinter diesen Zielen steht.

Die letzte Frage betrifft Partnerschaften auf kommunaler Ebene und wie so etwas noch weiter gestärkt werden kann. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Ich meine, dass auf dem Gebiet mehr möglich sein könnte. Ich hatte vorhin die Tagung z. B. in Loccum erwähnt. Auch wenn Frau Engler und ich uns mit unseren Teams verständigen, geht es immer auch um die Frage, wie wir in den Kommunen und Regionen Engagement auch im Hinblick darauf stärken können, dass Schülerinnen und Schüler überhaupt erst einmal verstehen, wie sie sich wo einbringen können, wie die Entscheidungswege sind usw. Das will ich jetzt aber nicht weiter ausführen.

Die Bildungsregionen sind eine wichtige Stelle, die wir stärker mit ins Boot geholt haben und mit denen wir weiter intensiv zusammenarbeiten werden. Mit den Bildungskoordinatorinnen und -koordinatoren, die die Aufgabe haben, sozusagen zwischen Land und Kommune zu vermitteln, werden wir weiterhin eruieren, wie das, was Sie gerade genannt haben, weiter gestärkt werden kann.

Dr. Florian Hartleb: Ich möchte die Ausführungen von Herrn Schepelmann und von Herrn Bajus vor dem Hintergrund der Digitalisierung aufgreifen - Digitalisierung in mehrerlei Hinsicht.

Zunächst zur Digitalisierung mit Blick auf Beteiligung. Wir kommen später zu dem Punkt „Digitale Beteiligungsmöglichkeiten im Ehrenamt stärken“, den unsere wissenschaftliche Begleitung mit aufgenommen hat. Es wäre gut, diesen Aspekt gerade mit Blick auf Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei Kommunen hier einzubringen. Es gibt bekanntlich verschiedenste Formen der Beteiligung, e-Voting usw.

Sie hatten auch zum Aspekt der Schulentwicklung ausgeführt. Inwiefern ist es denn sinnvoll, Schulmaterialien zu digitalisieren? Wo macht so etwas Sinn, wo macht so etwas keinen Sinn? Wie sind die Erfahrungen, auch was die Lernplattformen in Niedersachsen betrifft?

LMR'in **Schanz** (MK): Ich gehe zunächst auf Ihre Anmerkung zu den Lernplattformen ein. Wir sind in enger Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung dabei, Bildungsportale zu entwickeln. In diesem Fall geht es um politische Bildung und um Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese Portale sollen so angelegt sein, dass sie viele Anregungen, Methoden und Materialien bieten, damit Schulen in die Richtung, die Sie gerade vorgeschlagen haben, weiter aktiv werden können. Aber das ist gerade in der Entwicklung.

Digitale Beteiligung im Ehrenamt stärken. - Ich kann diese Frage nur aus der Schulperspektive beantworten. Wir haben zwei Projekte, die an dieser Stelle recht interessant wären.

Das eine Projekt greift auf, dass in den sozialen Medien viele Möglichkeiten bestehen, sich aktiv zu beteiligen. Das Projekt „60 Seconds“, an dem wir gerade mit dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) arbeiten, ist darauf angelegt, dass sich junge Leute mit den sozialen Medien beschäftigen und lernen, sich da, wo sie es möchten, mit einem Beitrag zu positionieren. Aus meiner Sicht ist das ein sehr wichtiges Projekt, das wir auch gerne unterstützen.

Ein anderes Beispiel, das auch in den Bericht aufgenommen ist, ist das Projekt „future peers“. Wir alle stehen im Moment vor dem Problem, herauszufinden, wie wir in Projekten arbeiten können oder wie wir Aktivitäten entfalten können, die außerhalb der Schule stattfinden und in die von Ihnen gerade beschriebene Richtung gehen. Das ist im Moment unter Corona-Bedingungen nicht so einfach. Auch deswegen spielen die digitalen Formate eine so große Rolle. Das Projekt „future peers“- „Zukunftslotsinnen bzw. -lotsen“ könnte man das nennen - richtet sich an junge Leute, die sich Gedanken machen, welche Projekte oder Aktivitäten sie an ihren Schulen, aber auch über die Schule hinaus, im kommunalen Raum oder sogar im globalen Raum im Sinne globalen Lernens, umsetzen wollen und welche Wege sie an der Schule, aber auch über die Schule hinaus gehen können, damit das realisiert werden kann.

Wir waren sehr verblüfft, dass sich über den Projektträger - das ist Peer-Leader-International e. V. in Ostrhauderfehn - sofort 40 Schulen mit interessierten Schülerinnen und Schülern gemeldet haben. Ich glaube, bei den digitalen Seminaren waren 80 Personen dabei. Es ist für uns sehr ermu-

tigend, dass die jungen Leute im nächsten Schritt an ihre Schulen, dann aber auch in den kommunalen Nahraum gehen wollen, um ihre Projektideen zu realisieren. Dabei werden sie bis Ende März begleitet. Das Ganze geht aber auch in anderer Form weiter.

Ich bin davon überzeugt, dass bei den digitalen Formaten des Engagements noch sehr viel Luft nach oben ist und man sich noch vieles überlegen kann. Frau Engler ist bei der Landeszentrale Spezialistin für den Bereich. Sie wird später noch tolle Projekte vorstellen, die in dem Bereich laufen.

Insa Lienemann: Frau Schanz, mich beschäftigt die Thematik, die Demokratiebildung und - unser Ziel - die Rahmenbedingungen des Ehrenamtes zu verbessern. Mir wurde an Ihrem Vortrag sehr deutlich, dass wir, um die Rahmenbedingungen zu verbessern, auch neue Kommunikationsstrukturen brauchen - Stichwort Projektlandschaft. Es gibt sehr viele Akteure im Bereich der politischen Bildung: Landeszentrale für politische Bildung, Ihr Projekt, wir sind Träger vom Freiwilligen Sozialen Jahr Politik, wofür sich viele Jugendliche und Einsatzstellen interessieren. Das ist aber immer verteilt auf verschiedene Ressorts. Wir haben manchmal das Problem, dass wir wenig in die Kommunikation kommen. Wir kooperieren mit dem Kultusministerium an vielen Stellen. Mir aber ist das Projekt „Demokratie gestalten“ völlig unbekannt. Das ist schade. Ich meine, dass es für uns in der Enquetekommission eine Aufgabe ist, wirklich neu über Kommunikationsstrukturen im Sinne der Sache nachzudenken und nicht immer nur im Sinne der Ressorts. Die Sache ist, die Bedingungen für das Ehrenamt zu verbessern und die Teilhabe und das Interesse von Jugendlichen an Demokratie in der Kommune, im Ort, in der Gemeinde mit zu stärken. Dafür tut es gut, wenn wir in der Projektlandschaft - das Stichwort von Herrn Bajus - die Kommunikationswege verbessern. Ich habe keine Antwort darauf, wie das geht, aber ich glaube, das ist notwendig.

LMR'in **Schanz** (MK): Ich nehme den Hinweis, dass Sie „Demokratisch gestalten“ noch nicht kennengelernt haben, mit. Ich nehme das, was Sie eben dazu gesagt haben, wie wir unsere Kommunikationswege noch weiter verbessern können, auch für unsere Arbeit mit.

Gestatten Sie mir, etwas zu einem Aspekt zu sagen, der in dem Zusammenhang genannt werden kann. Wir haben dazu auch etwas in dem Bericht

dargelegt. Wir fangen im nächsten Jahr damit an - die Ausschreibung läuft jetzt -, 15 außerschulische Lernorte und 15 Schulen pro Jahr als „ausgezeichneter Lernort der Demokratie“ auszuzeichnen - wir wissen noch nicht ganz genau, ob wir das jährlich oder zweijährlich machen -, so dass dann ein großes Netzwerk von außerschulischen Lernorten und Schulen entstehen kann, von denen wir uns eine Wirkung erwarten und die wir dann auch vernetzen werden. Wir stellen uns vor, dass aus diesem Netzwerk viele Anregungen in Richtung dessen, was Sie gerade formuliert haben, kommen können.

Wir haben noch keinen Flyer für dieses Projekt, das ich gerade angesprochen habe, sondern er entsteht gerade. Das ist einerseits ein Projekt und andererseits der Beginn eines Netzwerkes, weil auch wir überlegen, wie wir außerschulische Lernorte mit Schulen noch besser vernetzen können.

Wir haben Ihnen auf einer DIN-A-4-Seite die Ausschreibung mitgebracht, die wir Ihnen zur Verfügung stellen werden. Es gibt sie irgendwann viel schöner. Aber wir dachten, Sie kriegen dadurch diese Information schon jetzt.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Danke. Da sind uns Inhalte wichtiger als der Rahmen.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Wir alle wissen, dass Schule gerade in Bezug auf Bildung und damit auch auf die Bereitschaft, ein Ehrenamt auszufüllen, bei jungen Menschen eine zentrale Rolle hat - vielleicht weitet sich diese Rolle sogar noch weiter aus, weil das Elternhaus diese Rolle vielleicht abgegeben hat und zukünftig noch mehr abgibt. Wir wollen uns erst einmal nur auf das kommunale Ehrenamt beschränken, obwohl wir wissen, dass Schule diese notwendige Aufgabe in jedem Bereich hat.

Ich möchte ein paar Fragen mit Blick auf das kommunale Ehrenamt stellen, und zwar vor dem Hintergrund, dass Sie - zu Recht - großen Wert darauf legen, dass die Schulen eigenverantwortlich zu arbeiten haben: Nehmen Sie ein Stadt-Land-Gefälle wahr? Ist das Engagement auf dem Land nach ihrer subjektiven Wahrnehmung etwas höher als in der Stadt oder ist es genau andersherum oder ist kein Unterschied zu erkennen?

Ich muss noch einmal auf meine erste Frage nach den Kerncurricula zurückkommen. Wie schon gesagt: Die Schule ist eigenverantwortlich. Am Ende

aber muss - zumindest in Teilen - auch eine eigenverantwortliche Schule das abarbeiten, was von oben vorgegeben wird. Ich weiß, wie gesagt, nicht, wie der Politikunterricht heute erteilt wird. Gibt es in den Kerncurricula verpflichtend den Hinweis, dass die Kommunalpolitik eingebunden werden muss? Gibt es den klaren Auftrag an Schule: „Macht Politik erlebbar!“, weg vom Zeigen irgendwelcher Schaubilder?

Außerdem möchte ich hier eine durchaus provokante Frage stellen; aber wir sind hier in der Enquetekommission schließlich auch dafür zuständig, ein bisschen zu spinnen, wie es Kollege Lynack immer wieder ganz gerne sagt. Wir haben regelmäßig auf allen Ebenen Wahlen. Ich bleibe gerne hier bei der Kommunalwahl, weil sie im nächsten Jahr stattfindet. Sie bietet sicherlich Raum für Projekte. Die Schulen werden solche Projekte sicherlich im nächsten Jahr durchführen. Je näher die Wahl kommt, desto größer wird die Gefahr bzw. die Sorge der Schulen, dass die Politik zu sehr in Schule hineinregiert. Eigentlich ist es aber schade, dass man uns hier eine Möglichkeit nimmt. Inwiefern ist es denn beabsichtigt, ganz bewusst die Politik, also die Wählergruppierungen oder die Parteien, speziell vor Wahlen in die Klassen gehen zu lassen, um Politik erlebbar zu machen? Oder gilt diesbezüglich weiterhin die Direktive „Auf keinen Fall! Je näher die Wahl kommt, desto mehr schotten wir uns ab! Wir wollen die Schüler nicht beeinflussen!“? - Es wäre spannend, das zu wissen. Ich verstehe die Absicht, sich herauszuhalten. Ich halte es hier und da auch für richtig, zu entscheiden, die Schüler dadurch nicht zu beeinflussen. Mit dieser Entscheidung aber nehmen wir der Schule auch etwas, weil sie gerade dafür eine Politisierung, die ohne da ist, nutzen könnte.

LMR'in **Schanz** (MK): Sie haben unter dem Aspekt „kommunales Ehrenamt“ gefragt, ob es beim Engagement ein Stadt-Land-Gefälle gibt. Diese Frage kann ich so nicht beantworten, weil es dafür eine wissenschaftliche Untersuchung geben müsste. Sagen wir es einmal so: Ich kann nur Wahrnehmungen beschreiben. Ich habe nicht den Eindruck, dass das so ist. Aber, wie gesagt, dazu liegen uns auch keine Daten vor. Dafür wäre sicherlich eine größere Untersuchung nötig. Es wäre tatsächlich einmal interessant, hierzu Daten zu erheben, nicht nur auf Schule bezogen.

Sie fragten nach den KC. Man könnte die KC im Hinblick darauf durchsehen, inwiefern Kommunalpolitik explizit aufgeführt ist. Es gibt dazu sehr

viele Hinweise - auch in dem Teil, den ich Ihnen noch zur Verfügung stellen werde - in unterschiedlicher Form. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten. c

Sie fragten, ob irgendwo in den Kerncurricula stehe, dass Politik erlebbar gemacht werden müsse. Es gibt viele Kompetenzbeschreibungen, die genau darauf abzielen. Aber, noch einmal, es ist wirklich so: Jede Schule gestaltet das in eigener Verantwortung. Der Erlass zu Demokratiebildung, der demnächst herauskommt, beschreibt sehr genau, was es braucht, um sich demokratiebezogene Kompetenzen und Handlungskompetenzen anzueignen, damit man sich als mündige Bürgerin bzw. mündiger Bürger auch gesellschaftlich beteiligen kann; das ist ja das, worauf wir hinauswollen. Dazu steht in dem Bericht eine Menge.

Wir haben begleitend zu dem Erlass eine Übersicht für Schulleitungen gestaltet - was heißt das für diese verschiedenen Segmente - Unterricht, Schulkultur, Professionalität, Gremien usw.? -, so dass die Schulen eine Reihe von Anregungen bekommen, um sich diese Fragen selbst stellen zu können, im Sinne von „Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Was könnten die nächsten Schritte sein?“. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir das sehr eng begleiten werden und sehr viel ermutigen und stärken und unterstützen wollen, damit Schulen in diese Richtung arbeiten.

Sie hatten „Wahlen“ als Stichwort genannt. „Politiker in Schulen“. Dazu gibt es einen Erlass, der nach wie vor gilt. Auf diesen Erlass haben Sie Bezug genommen. Von daher werde ich das jetzt nicht weiter kommentieren. Ich möchte Ihnen hierzu aber sagen, dass wir im Wesentlichen vor den Landtags- und Bundeswahlen intensiv mit dem Verein Kumulus e. V. in Berlin kooperieren, indem modellhafte Wahlen in Schulen stattfinden. Die Schulen melden uns zurück - das findet an mehreren Hundert Schulen statt -, dass sie davon sehr begeistert sind und die Schülerinnen und Schüler offensichtlich auch.

Prof. **Dr. Joachim Winkler**: Ich habe eine Frage zu dem Papier, das Sie uns zugeschickt haben. Bei dem Punkt „Dokumentation des Ehrenamtes“ geht es darum, dass die Schulen in den Abgangs- und Abschlusszeugnissen ehrenamtliche Tätigkeit würdigen können. Ich empfand das als einen sehr interessanten Aspekt, weil das auf einen Punkt verweist, der meiner Meinung nach auch in der Enquetekommission sehr wichtig werden wird. Ich meine die Anerkennenskultur für ehrenamtliche

Tätigkeit. Meine Frage lautet: Sie haben in dem Erlass - Nr. 7, glaube ich - geschrieben, die Schulen *können*. Haben Sie irgendwelche Vorstellungen quantitativer Art, ob das überhaupt gemacht wird, oder ignorieren die Schulen das? Im Grunde geht es darum - was vorhin auch schon einmal gefragt wurde -, ob ab und zu nach Evaluation oder nach Quantitäten gefragt wird.

Ich halte das für sehr wichtig. Anerkennenskultur dürfen wir nicht vergessen. Die Frage ist: Erfolgt die Würdigung auch tatsächlich?

LMR'in **Schanz** (MK): Sie sprechen einen ganz wichtigen Punkt an. Die Würdigung des Engagements und natürlich auch die Motivation und die Stärkung von Engagement sind eine zentrale Aufgabe an den Schulen in diesem Bereich.

Nun zu Ihrer Frage, inwieweit die Würdigung überhaupt erfolgt. Dazu gibt es in dem Sinne keine Erhebung. Wir wissen aber aus der Praxis heraus, dass das durchaus gängig ist und dass die Schulen diese Regelungen kennen und dass die Schülerinnen und Schüler eine Bescheinigung des Projektträgers, mit dem sie in der Kommune zusammenarbeiten - sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr oder einer anderen Einrichtung -, mitbringen, damit diese ehrenamtliche Tätigkeit in das Zeugnis aufgenommen oder als Anlage zum Zeugnis genommen wird. Die Schulen nutzen diese Möglichkeit sehr gerne, weil sie dieses Engagement natürlich würdigen wollen. Es ist ja auch sehr erfreulich, wenn Kinder und Jugendliche sich in verschiedenen Bereichen engagieren.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Mir ist gerade noch ein Gedanke durch den Kopf geschossen. Ist die Abdeckung mit Lehrerinnen und Lehrern, die das Fach Politik unterrichten, flächendeckend gegeben?

Wir haben die ganze Zeit über Schülervertretungen etc. gesprochen. Wie sieht es bei den Elternvertretungen aus? In den Elternvertretungen besteht ja die Möglichkeit, sich weiter entsenden zu lassen, um über Stadt- und Kreisschülerräte Kommunalpolitik direkt zu beeinflussen. Wie wird das gefördert? Gibt es dafür Rüstzeug? Leistet das MK dabei Hilfestellung?

LMR'in **Schanz** (MK): Zu den Elternvertretungen kann ich Ihnen gerne Informationen nachliefern. Dazu müsste ich in dem zuständigen Referat nachfragen, inwieweit es darüber einen Überblick gibt.

Dasselbe gilt im Prinzip für Ihre andere Frage, die dahin geht, wie der Bedarf an Lehrkräften abgedeckt ist, die das Fach Politik unterrichten. Ich kann Ihnen sagen, dass viele Lehrkräfte das Fach Politik fachfremd unterrichten. Zahlen aber kann ich Ihnen nicht nennen. Ich werde sie im Fachreferat erfragen und Ihnen im Nachgang übermitteln.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir haben sehr ausgiebig über diesen Bereich diskutiert.

Frau Schanz und Herr Dr. Walter, ich darf mich bei Ihnen ganz herzlich für diese wirklich ausführliche Unterrichtung und die gute Beantwortung der vielen Fragen bedanken.

Wir freuen uns auf die Nachlieferung der Informationen, die Sie uns avisiert haben.

Tagesordnungspunkt 2:

Kommunalpolitische Bildung an Schulen - Politik zum Anfassen

Anhörung

Landeszentrale für politische Bildung

Ulrika Engler: Ich freue mich sehr, dass die Landeszentrale für politische Bildung eingeladen wurde. Die Landeszentrale hat nicht den Schwerpunkt Schule, aber wie Claudia Schanz ausgeführt hat - daran kann ich nahtlos anknüpfen -, kooperieren wir eng und gut. Die Landeszentrale hat zum Ziel, wo immer wir Synergien mit Schule herstellen zu können, dies zu tun.

Vom Ansatz her kann ich vieles von dem aufgreifen, was bereits gesagt wurde. Ich möchte aber auch noch einige Punkte, was das Thema Beteiligung angeht, grundsätzlich anreißen.

Starten möchte ich mit einem Statement, das hier wohl großen Widerhall findet - was ich bisher gehört habe, freut mich sehr -: Menschen, die in ihrer Kindheit und Jugend erfahren, dass ihre Stimme Wirkung erzielen kann, dass sie gestalten und mitbestimmen können, sind auch später eher bereit, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. - Das haben einige Ausführungen von Claudia Schanz schon deutlich gemacht. Das ist in der politischen Bildung ein breiter Erfahrungsschatz. Es gibt verschiedene Studien, die das verifizieren und deutlich machen.

Das bedeutet, dass früh angesetzt werden muss, da es um Erfahrungen geht. Es geht nicht ausschließlich um das Wissen, wie die Dinge funktionieren, sondern wirklich darum, dass positive Beteiligungserfahrungen gemacht werden, die eine Wirkung erzielen und deutlich machen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren.

Außerdem geht es darum, die verschiedensten Lebensräume in den Blick zu nehmen; einerseits Schule, andererseits aber auch die vielen außerschulischen Einrichtungen: viele Initiativen, viele Freizeiteinrichtungen, viele kleine und auch interkulturelle Initiativen, migrantische Initiativen, die auch im kommunalen Raum sehr bedeutsam sind.

Ich will einen Schritt zurückgehen. Demokratie braucht Beteiligung. Nicht oft genug kann gesagt werden, dass eine positive Erzählung von Demokratie sehr wichtig ist es, dass es wichtig ist, eine positive Erzählung von Demokratie zu erleben und positive Erfahrungen zu machen, dass eine aktive Auseinandersetzung mit Politik und die Erfahrung der eigenen Wirkmächtigkeit zentral sind, woraus Freude am Mitgestalten entsteht.

Das ist besonders wichtig, weil das einen ganz wichtigen Akzent gegen ein autoritäres Politikverständnis setzt. Das eine ist, dagegen vorzugehen und dagegen zu argumentieren. Die stärkste Unterstützung von Demokratie besteht aus meiner Sicht aber darin, dass positive Erfahrungen gemacht werden. Die zunehmende Bedeutung menschenverachtender Einstellungen kennen sicherlich leider auch Sie aus Ihren Alltagserfahrungen.

Letztlich geht es auch um das Recht, zu gestalten und mitzubestimmen. Das beginnt bei der UN-Kinderrechtskonvention, betrifft aber alle Gruppen und auch alle Altersklassen.

Nur wenn Meinungen und Interessen von unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen eingebracht werden, kann ein Zusammenleben im Interesse möglichst vieler weiterentwickelt werden. Das heißt, es geht wirklich um Förderung von Beteiligung auf allen Ebenen, auf lokaler, aber natürlich auch auf Landesebene, auf Bundesebene und auch auf europäischer Ebene. Hier die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen zu berücksichtigen, bedeutet auch, eine Öffnung von Institutionen und die notwendigen Veränderungen anzugehen. Das ist ganz zentral, um beteiligungsfreundliche Wege zu entwickeln und zu aufzuzugehen.

Neben der Wirkung ist es wichtig, Scheinbeteiligung zu vermeiden. Gerade für junge Menschen ist es extrem wichtig zu wissen, wo sie mitentscheiden können und wo Grenzen der Mitentscheidung sind, und dies auch deutlich zu machen, um Enttäuschungen im Rahmen zu halten.

Das alles sind Leitlinien für uns als Landeszentrale, die wir als wichtige Grundsätze in einem Strategiepapier aufgeschrieben haben.

Letztlich ist die kommunale Ebene die Ebene, auf der gerade Jugendliche Beteiligung und Politik am direktesten erfahren können. Auch der umgekehrte Aspekt ist aus meiner Sicht wichtig, näm-

lich der Aspekt, dass auch Kommunen sehr davon profitieren können, weil es die Attraktivität von Kommunen steigert, gemeinschaftlich entwickelt und auch von Jugendlichen mitgestaltet zu werden.

Wir wissen, dass Demokratie gelernt und gelebt werden muss. Das ist kein Selbstläufer. Es ist wichtig, dass Teiligungsstrukturen mehrschichtig aufgestellt werden. Es wurde schon deutlich, dass verschiedene Projekte, Strukturen und Initiativen vorhanden sind. Genauso wichtig ist es aber, dass die verschiedenen Ebenen gut ineinandergreifen. Es gibt nicht *die* Kinder und *die* Jugendlichen. Von daher brauchen wir eine große Vielfalt an Methoden und Formaten, die auf die Situation abgestimmt werden müssen, die an den einzelnen Gruppen bzw. Zielgruppen ausgerichtet sein müssen. Es kann nicht vom Alter oder von dem Wissen, über das jemand verfügt, abhängig sein, und es kann auch nicht von einer Gruppenzugehörigkeit abhängig sein, wie sich jemand beteiligt.

Wichtig ist es, die verschiedenen Ebenen abzudecken: Entscheidungsteilhabe ohne Entscheidungseinfluss, Teilhabe mit Mitbestimmungsmöglichkeiten und Teilhabe, bei der Jugendliche Verantwortung übertragen bekommen und auch entscheiden können.

Ich finde einen Blick nach Baden-Württemberg ganz interessant, wo das Teiligungsrecht für Jugendliche in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt wurde und wo eine Servicestelle für Jugendbeteiligung eingerichtet wurde. Die dortige Landeszentrale für politische Bildung hat in den letzten Wochen eine Handreichung für das Zusammenspiel von Schule und Kommunen herausgegeben, in der die verschiedenen Ebenen von Beteiligung Berücksichtigung finden, um einerseits die Kommunen und andererseits die Schulen zu unterstützen, echte Beteiligung voranzubringen.

Ein Punkt, den ich hier stark machen möchte, ist die digitale Beteiligung. Der Engagementbericht, der im Frühjahr dieses Jahres von der Bundesregierung veröffentlicht wurde, macht deutlich, was wir alle aus dem Alltag kennen, dass sich nämlich Jugendliche immer stärker digital beteiligen und gerade auch politisch digital beteiligen. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir bei den Angeboten und Formen des Engagements berücksichtigen müssen, wobei auch das kein Selbstläufer ist. Auch da geht es um beide Seiten, weil, wie Studien be-

legen, das Potenzial der Beteiligung von Jugendlichen noch lange nicht ausgeschöpft ist. Der Bericht macht deutlich, dass die digitale Beteiligung nicht an die Stelle von analoger Beteiligung tritt. Vielmehr ist die digitale Beteiligung eine Ergänzung und bietet die Chance, Jugendliche zu erreichen, die mit den klassischen Zugängen und Methoden nicht so für Beteiligung zu gewinnen sind.

Die Landeszentrale für politische Bildung macht hier zahlreiche Angebote. Das ist ein Profil der Landeszentrale. Im kommenden Jahr starten wir in einer Pilotregion ein Projekt zur Weiterbildung für digitale Jugendbeteiligung; wahrscheinlich im Kommunalverbund, wobei es darum geht, auf kommunaler Ebene die Akteure und Akteurinnen, die Fachkräfte politischer Bildung übergreifend zu stärken und ihnen mehr Handlungssicherheit gerade in der digitalen Jugendbeteiligung zu geben. Das ist ein Anfang. Letztlich sehe ich hier großen Bedarf, das flächendeckend für Niedersachsen zur Verfügung zu stellen, um digitale Jugendbeteiligung zu stärken.

Auch hier gehören beide Seiten dazu. Es geht auch darum, wie sich die Kommunen so aufstellen können, dass digitale Mitwirkung möglich ist. Wie kann Politik insgesamt sicherstellen, dass digitale Stimmen genauso viel zählen wie Stimmen, die schriftlich gesammelt und dann hier dem Landtag oder auch Gremien auf kommunaler Ebene übergeben werden? Gerade für Jugendliche ist das ein wichtiges Signal.

Nun noch explizit zur Schule. Das ist, wie gesagt, nicht unser Schwerpunktbereich. Claudia Schanz ist hierfür, wie gerade deutlich wurde, die beste Ansprechpartnerin in Bezug auf politische Bildung. Ich möchte gleichwohl einige Stichpunkte ergänzen, die bei uns ankommen. Gefragt wurde auch nach unseren Erfahrungswerten. Zugegebenermaßen bestand gerade am Anfang von schulischer Seite ein großes Interesse an der Landeszentrale, und es bestand auch die Hoffnung, dass wir ganz viele Materialien bieten, wie dies in anderen Ländern teilweise der Fall ist.

Gerade von Berufsschulen wird oft an uns herangetragen, dass zu wenige Unterrichtsstunden speziell für Politik zur Verfügung stehen und dass häufig fachfremd unterrichtet werden muss, weshalb der Bedarf an Unterstützung besonders hoch ist. Von IGSn und KGSn wird oft berichtet, dass die Bandbreite der Schülerinnen und Schüler bzw. des Niveaus und des Vorwissens, das sie

mitbringen, extrem weit ist, was einen extrem hohen Anspruch an den Unterricht stellt. Dementsprechend wird oft an uns die Bitte gerichtet, gutes gebrauchsfertiges Material zu bekommen - möglichst anschaulich, mit Bildern, mit Bewegtbildern. Das gilt gerade auch für Oberschulen und Integrierte Gesamtschulen. Gerade vergangene Woche hatte ich ein ausführliches Gespräch in der Lehrkräftefortbildung. Auch dort wird hoher Bedarf geäußert, zusätzliches Material gerade auch für aktuelle Fragestellungen zu bekommen, die besonders herausfordernd sind.

Mit außerschulischen Akteuren sowie Experten und Expertinnen zu kooperieren, wird vom MK stark verfolgt. Hier geht es auch darum, für Spezialthemen Personen einzuladen. Aus der Sicht der Landeszentrale ist das ein wichtiges Plädoyer. Ich halte es für sehr erfreulich, wie das MK vorgeht. Schule braucht, gerade wenn es um Beteiligungserfahrung geht, starke außerschulische Partner und Partnerinnen, da der außerschulische Bereich noch einmal andere Erfahrungsräume ermöglicht und, auch fern von Bewertungssystematiken, Möglichkeiten eröffnet. Die Transferstelle Politische Bildung hat die Praxiserfahrung zusammengetragen und deutlich gemacht, wie wichtig außerschulische Lernorte sind; etwa im Umweltbereich oder im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, aber auch im Stadtrat in der Kommune vor Ort.

Sehr wichtig ist auch, dass außerhalb der Räumlichkeit von Schule in Jugendbildungsstätten und Heimvolkshochschulen Räume sind, in denen Politik und Beteiligung erlebt werden können. Im außerschulischen Bereich ist oft ein sehr spezifisches Know-how vorhanden, das in Schule manches Mal schwer sicherzustellen ist, sei es im globalen Lernen, sei es im diversitätsbewussten Arbeiten, sei es Antirassismuserbeit, sei es Arbeit mit Migrantinnen und Migranten. Es besteht ein großes Interesse, in Kontakt mit dieser Expertise die Arbeit weiterzuentwickeln und Unterstützung zu bekommen.

Was die Expertise aus dem außerschulischen Bereich angeht, geht es darum, einen Rahmen zu schaffen, in dem Demokratie erlebt wird. Es gibt Studien, die nachweisen, dass die Begeisterung für Beteiligung über außerschulische Erfahrungen besonders wächst.

Ich möchte nun noch einen Punkt ansprechen, den ich ganz spannend finde. Ich beziehe mich dabei auf Professor Dr. Bremer, der dazu forscht,

worauf die Distanz - manchmal auch vermeintliche Distanz - zwischen Politik und Jugendlichen zurückzuführen ist. Er nimmt dabei insbesondere Jugendliche in den Blick, die eher als politikfern gelten, die eher benachteiligt sind, die oft Hauptschulen bzw. Oberschulen besuchen und zunächst einmal vielleicht auch schlechte Erfahrungen mit Bildung gemacht haben und vermeintlich keinen direkten Zugang zu Politik haben. Ich finde es sehr spannend, den Blick darauf zu richten. Denn dort sehe ich einen besonders hohen Bedarf, Beteiligung zu stärken.

Deutlich wird, dass es sich bei der Politikdistanz eher um eine Oberflächenerscheinung - so wird das in den Untersuchungen genannt - handelt. Bei Jugendlichen gerade aus benachteiligten Milieus bestehen Tendenzen des Selbstausschlusses. Oft ist der Zugang vor dem Hintergrund der Ausdrucksformen und des Auftretens schwierig. Die Jugendlichen fühlen sich oft ausgeschlossen und haben den Eindruck, dass „ihre“ Themen nicht vorkommen. Professor Dr. Bremer beschreibt aber auch, dass es auch aufseiten der Politik eine Herausforderung darstellt, diesen Zugang zu schaffen, damit Politik nicht als fremde Welt erlebt wird.

Für mich ist dies ein absolutes Schlüsselthema. Es ist wichtig, genau dort zu schauen, wie man Begegnungen unterstützen kann. Dafür gibt es tolle Projekte und tolle Zugangsmöglichkeiten, mit denen das sehr gut gelingt. Dabei wird deutlich, dass es wichtig ist, längerfristige Beziehungen aufzubauen und nach gemeinsamen Interessen zu schauen. Ich glaube, gerade auf kommunaler Ebene, wenn es etwa darum geht, ein Quartier weiterzuentwickeln, kann man ganz viele Anknüpfungspunkte finden. Das sind wichtige Zugänge, um gerade die jungen Menschen zu erreichen, die vermeintlich keinen direkten Zugang haben.

Ein weiterer Punkt, den ich im Größeren stark machen möchte: Demokratie braucht politische Teilhabe aller. Es ist ganz entscheidend, hier dranzubleiben; das ist eine große Herausforderung für politische Bildung. Die Landeszentralen haben sich übergreifend auf Bundesebene - auch mit der Bundeszentrale für politische Bildung - klar positioniert, dass sich politische Bildung fragen muss, wen sie erreicht, welchen Stimmen sie Gehör verschafft und welchen vielleicht auch nicht. Politische Bildung, so unser Statement, muss sich die Frage nach institutionellen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen, wie Rassismus, stellen. Gerade als staatliche Ein-

richtungen sind wir aus unserer Sicht besonders in der Pflicht.

In den Strukturen, Handlungsroutinen, Einstellungen und Haltungen muss in einer Gesellschaft, die von Diskriminierungs-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägt ist, immer damit gerechnet werden, dass diese reproduziert werden. Letztlich gelingt es nur durch Reflexion und Veränderung der Organisationen als Ganzes, diese Verhältnisse zurückzudrängen. Dies haben wir in einem Statement deutlich gemacht. Meiner Ansicht nach gilt es für alle Strukturen, diesen Bereich im Blick zu halten - für Schulen, für Kommunen, für Parteien und für Verbände sowie alle Institutionen, die mit Menschen arbeiten -, das zu reflektieren und kontinuierlich daran zu arbeiten, um Zugang für möglichst alle - in diesem Fall junge - Menschen zu ermöglichen.

Ich schließe mit einem Zitat aus dem in der vergangenen Woche frisch erschienenen Kinder- und Jugendbericht:

„Politische Bildung und politische Mitsprache gehören zusammen. Eine fundierte politische Bildung in Verbindung mit wirkungsvollen Beteiligungsmöglichkeiten trägt dazu bei, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und zu befähigen. Beteiligung überall dort, wo junge Menschen aufwachsen, ist ein zentrales und unverzichtbares Prinzip.“

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Wie können Kommunen digitale Beteiligung herstellen? Was müsste aus Ihrer Sicht aufgrund der Gespräche, die Sie auch mit den Jugendlichen in den letzten Jahren hatten, verändert werden, damit es attraktiv wird, sich vor Ort zu engagieren? Allein die Live-Übertragung aus einem Ratssaal ist, glaube ich, nicht sonderlich erquicklich. Das frustriert eher viele. Deshalb die konkrete Frage: Was können wir besser machen?

Zur politischen Teilhabe, zur Distanz zur Politik. Was hielten Sie davon, wenn es für den Unterricht sozusagen verpflichtend würde, dass das Kommunalparlament von den Schülerinnen und Schülern besucht wird, um Ratssitzungen klassenweise live zu erleben und entweder vorher oder nachher mit Ratsmitgliedern ins Gespräch zu kommen? Wird das allein der Schule überlassen, gibt es sicherlich immer wieder den einen oder anderen Grund, warum es gerade mal nicht passt.

Was kann man anders machen? Wenn keine Verpflichtung besteht, wird vieles nicht gemacht.

Ulrika Engler: Was heißt es konkret, digitale Beteiligung zu stärken? Die Antwort auf diese Frage ist recht komplex. Es geht z. B. darum, zu gucken, was von kommunaler Ebene aus digital gemacht und gestaltet werden kann. Das muss aus meiner Sicht umfassend angegangen werden. Dafür gibt es keine schnelle Lösung. Aus meiner Sicht muss es Qualifizierung auf vielen Ebenen geben - das gilt letztlich für alle, die mit Jugendlichen in der Kommune konkret arbeiten -, damit digitale Fragen direkt bearbeitet werden können. Es gibt schon ganz viele digitale Beteiligungsmöglichkeiten. Diese müssen aber stärker genutzt werden.

Auf kommunaler Seite ist es aus meiner Sicht wichtig, das stärker in den Blick zu nehmen und zu gucken, wie man insgesamt Beteiligungsprozesse auf kommunaler Ebene weiter ausbauen und stärken kann. Dafür gibt es ganz tolle Ansätze. Einige Kommunen in Niedersachsen machen das sehr ausführlich. Das muss meiner Ansicht nach aber stark durch digitale Formen ergänzt werden, damit es, wenn es um die Kommunikation mit der Kommune geht, wenn es darum geht, wie die eigenen Ideen und Interessen eingebracht werden können, dafür digitale Wege gibt.

Beispielsweise beim Landesjugendring gibt es ein Projekt, bei dem das teilweise schon angeboten wird. Auf uns kommen viele Kommunen zu, die gern intensive Beratung hätten, das für Kommunen durchzudeklinieren. Das ist nichts, was eine Kommune von heute auf morgen umsetzen könnte. Hier sehe ich großen Bedarf und auch einen strukturellen Bedarf für Niedersachsen, das wirklich intensiv anzugehen und Kommunen dabei intensiv zu unterstützen.

Distanz zwischen Jugendlichen und Politik. - Eine Möglichkeit besteht darin, eine Ratssitzung zu besuchen und live zu erleben. Dabei ist es nach meiner Erfahrung extrem wichtig, dass Gespräche stattfinden. Zu Gast zu sein und sich eine Ratssitzung anzuschauen, ist schon klasse, weil man dann eine reale Vorstellung bekommt und die Dinge nicht nur Büchern entnimmt. Besonders unterstützend wirkt es allerdings, wenn direkte Gespräche mit Ratsmitgliedern stattfinden. Optimalerweise ist das in einen größeren Prozess eingebettet, damit es nicht nur darum geht, sich das mal anzuschauen, sondern auch darum, eigene Anliegen erst einmal zu erarbeiten - „Was

würde ich gern in meiner Kommune oder in meinem Stadtteil ändern? Was fehlt mir hier? Wie würde ich vielleicht die Verkehrspolitik gestalten?“ -, um dann mit den konkreten Anliegen auf Augenhöhe ins Gespräch zu gehen, damit dann daraus ein größerer Prozess wird. Solche Erfahrungen wirken am meisten und am nachhaltigsten.

Ich würde eher damit arbeiten, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und Motivation zu schaffen, als mit der Verpflichtung, etwa einmal eine solche Sitzung besucht zu haben.

Bei vielen Themen in der politischen Bildung und in der Schule stellt sich die Frage, wo es hilfreich wäre, etwas verpflichtend zu machen. Aber wenn man schaut, was wirklich Effekte erzielt, halte ich es für wichtiger, zu gucken, wie wir gute Rahmenbedingungen schaffen können.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD): Ich habe eine Frage zu den außerschulischen Maßnahmen. Ich kenne das aus der beruflichen Bildung, aus Qualifizierungsmaßnahmen zu MINT-Klassen. - Demokratiebildung, gesellschaftliches, politisches Leben: Ich weiß, dass es für die Institutionen schwierig ist, an die Schulen heranzukommen, und dass es mit viel Arbeit verbunden ist, dafür zu werben. Ich weiß nicht, welche Erfahrungen Sie gemacht haben. Mich interessiert, ob es problematisch ist, an Schulen heranzukommen, ob das Angebot von Schulen angenommen wird und ob Sie Verbesserungsmöglichkeiten sehen.

Ulrika Engler: Aus meiner Sicht wird das von Schulen prinzipiell sehr gern angenommen; vor allem wenn es sich um ein Gesamtpaket handelt, das gut in die Schulsystematik bzw. in das Kerncurriculum passt. Wenn es eine direkte Ergänzung bzw. Entlastung des Unterrichts darstellt, ist das nach meiner Erfahrung immer eine Win-win-Situation.

Wenn man längere Prozesse durchlaufen will, was, gerade wenn es um Beteiligung geht, wichtig ist, kommt es darauf an, das vom Rahmen her - vom außerschulischen Bereich und vom schulischen Bildungsbereich her - wirklich gut zusammenzubringen. Aus meiner Sicht wäre es letzten Endes notwendig, im außerschulischen Bereich die Ressourcen zu stärken. Wenn von außerschulischen politischen Bildnern und Bildnerinnen der Unterricht bzw. die Projektarbeit gemacht wird, ist das auf dieser Seite sehr ressourcenauf-

wändig. Von daher geht es aus meiner Sicht darum, diesen Bereich weiter zu stärken.

Jens Risse: Vielen Dank, Frau Engler, dass sie das Jugendalter nicht ausschließlich auf Schülerinnen und Schüler begrenzen, sondern auch von jungen Menschen sprechen. Das finde ich als Vertreter des Landesjugendrings Niedersachsen sehr loblich.

Ich habe einige Anmerkungen. Zum einen gibt es bereits diverse Beteiligungsformen. Wir haben als Landesjugendring vor mittlerweile drei Jahren das Projekt „wedeside“ aufgelegt, in dessen Rahmen sich junge Menschen ganz konkret digital beteiligen können und bei dem eigentlich die kommunalen Mandatsträger digital hinterlegt sind - so war es mal gedacht - und die jungen Menschen zeitnah eine Rückmeldung von den Kommunalpolitikerinnen und -politikern bekommen sollten, wie denn die Ideen, die sie für ihre Kommune haben, gesehen werden.

Wie wir gehört haben, gibt es sehr viele verschiedene Akteurinnen und Akteure in dem gesamten Bereich der politischen Bildung, und im Bereich von Bildung und Ehrenamt. Müsste es aus Ihrer Sicht nicht auch, was wir schon häufig gefordert haben, eine Koordinierungsstelle geben, die diese gesamten Angebote - ob es Projekte, Initiativen oder Beteiligungsformen sind - auf kommunaler Ebene oder vielleicht sogar auf Landesebene bündelt und vernetzt.

Für Schülerinnen und Schüler ist das Kultusministerium zuständig. Wenn ich mit Sport zu tun habe, muss ich mich an das Innenministerium und für den Bereich der Jugendverbandsarbeit muss ich mich an das Sozialministerium wenden. Wenn ich Geld haben will, muss ich zum Finanzministerium gehen. Häufig erleben wir, dass ganz viele Akteurinnen und Akteure in dem Bereich aktiv sind, was Beteiligung, Ehrenamt etc. angeht.

Vielleicht müssen wir stärker darauf hinwirken - ich glaube, das wird diese Enquetekommission nicht schaffen, sondern dafür bedarf es möglicherweise eines dauerhaften Gremiums -, dass dieser Bereich anders bündelt und in die Öffentlichkeit getragen wird.

Ulrika Engler: Ich kann das Anliegen unterstützen. In Ihren Ausführungen klang das nach „Gremium“. Sicherlich macht es Sinn, zu gucken, was eine gute Vernetzungsstruktur und eine gute Form darstellt. Gerade in Bezug auf Beteiligung

sehe ich in Niedersachsen auf jeden Fall noch eine Lücke. Es gibt, wie ich finde, gute und interessante Beispiele aus anderen Bundesländern. Ich finde es wichtig, Beteiligung von Jugendlichen auf kommunaler Ebene weiter zu stärken. Dafür gibt es Ansätze. Bei „jugend.beteiligen.jetzt“, wo gerade der digitale Ansatz gestärkt wird, haben wir eine gewisse Vernetzungsfunktion für Niedersachsen. Es zeigt sich aber im Grunde täglich, dass im Grunde nicht leistbar ist, was bei den Kommunen an sehr nachvollziehbaren Erwartungen und Bedarfen besteht, Beteiligung gut aufzustellen und Unterstützung zu bekommen. Insofern sehe ich hier noch großen Vernetzungsbedarf.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Engler für das Zitat. Ich fand es ganz wichtig, darauf hinzuweisen, dass politische Bildung politische Mitsprache bedeutet. Ich glaube, wir müssen noch mal darüber nachdenken, wie das nicht nur in Projektform, sondern grundsätzlich verbessert werden kann. In der Tat gibt es ganz viele tolle Projekte. Aber das macht noch nichts Flächiges.

Ich möchte das mal anhand eines Beispiels darstellen. Wir haben in der Stadt Osnabrück ein wunderbares Programm, das sich „Kommunalpolitik in die Schulen“ nennt. Dabei handelt es sich um ein Hospitationsprogramm. Ich kann es durchaus empfehlen. Schüler kommen verbindlich in die Fraktionen, gehen mit Politikerinnen und Politikern in die Ausschüsse. Das wird vor- und nachbereitet, von den Lehrkräften begleitet und unterstützt. Auch von der hauptamtlichen Verwaltung gibt es ein bisschen Unterstützung. Aber ganz ehrlich: Die meisten meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen sagen, dass sie das zeitlich überfordert. Sie haben das Gefühl, den Jugendlichen nicht gerecht zu werden.

Ratssitzungen - das hat Herr Fredermann wunderbar ausgedrückt - sind, nicht nur wenn sie digital übertragen, sondern auch wenn sie besucht werden, für junge Leute sicherlich manches Mal schwer erträglich. Das ist eher abschreckend.

Super ist es, wenn ein gemeinsames Projekt bzw. eine konkrete Sache verfolgt wird, die begleitet werden kann. Das aber wiederum überfordert das ehrenamtliche Mandat, das wir eigentlich fördern wollen. Wir suchen also nach Dingen, mit denen wir strukturell etwas ändern und die flächig wirken.

In Ihrer schriftlichen Stellungnahme steht, dass Baden-Württemberg, was Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention angeht - Kinder sind in den sie berührenden Angelegenheiten zu beteiligen -, weiter sei. Dort gebe es eine gesetzliche Verpflichtung, Kinder und Jugendliche in Planungen einzubinden. Ich glaube, das würde uns ein Stück weit helfen. Sobald über das Projekt hinausgegangen und Beteiligung gefordert wird, sagen die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung: Dafür haben wir keine Zeit. - Und die Ehrenamtlichen sagen: Das überfordert auch uns. - Aus diesem Dilemma kommen wir, so glaube ich, nicht heraus. Was können wir von Baden-Württemberg lernen?

Immer wieder haben wir die Debatte über das Wahlalter. In Niedersachsen beträgt das Wahlalter bei Kommunalwahlen 16. Ich habe das so empfunden, dass dadurch ein stärkeres Interesse entstanden ist. Bei den Landtags- und Bundestagswahlen beträgt das Wahlalter aber immer noch 18. Können Sie uns etwas dazu sagen, ob eine Absenkung des Wahlalters wirklich etwas ändert oder ob es dabei eher um Symbolik geht?

Ulrika Engler: Vielen Dank für die interessante Frage, die den strukturellen Aspekt deutlich macht. In Baden-Württemberg ist seit wenigen Jahren zumindest für Jugendliche - für Kinder handelte sich immer noch um eine Soll-Formulierung - eine Muss-Formulierung gesetzlich verankert, wonach Jugendliche beteiligt werden müssen. In Baden-Württemberg arbeiten starke Partner und Partnerinnen - sei es die Landeszentrale, sei es der Landesjugendring, seien es verschiedene andere Akteure und Akteurinnen - eng zusammen. Auf der einen Seite gibt es vonseiten der Kommunen mit entsprechender Unterstützung einen sehr intensiven Prozess, wie die Struktur wirklich beteiligungsfreundlich aufgestellt werden kann. Dafür werden viele unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Auf der anderen Seite werden Jugendliche mit vielen verschiedenen Maßnahmen gestärkt und unterstützt, um das umzusetzen.

Dass es für Politiker und Politikerinnen eine Überforderung darstellt, alles das auch noch abzudecken, kann ich gut nachvollziehen. Das geht nur in begrenztem Maße. Ich halte es für extrem wichtig, dass es Vermittler- und Vermittlerinneninstanzen gibt. Aus meiner Sicht würden sich sehr gut außerschulische Partner und Partnerinnen anbieten. In jeder Kommune ist das natürlich ein Stück weit anders, wer das übernehmen kann.

Aber in zumindest fast jeder Kommune gibt es entsprechende Einrichtungen. Das kann ein Bildungshaus sein. Das kann eine Jugendbildungsstätte sein. Das kann aber auch über die Verbandsarbeit vor Ort geregelt oder auch über die Jugendpflege mit Jugendtreffs organisiert werden. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, das strukturell zu verankern, damit es überhaupt leistbar ist. Es geht darum, von der rechtlichen Seite her Formen zu etablieren - wir sind diesbezüglich in Niedersachsen nicht schlecht aufgestellt, aber das könnte durchaus noch eine Stufe gestärkt werden - und dann konsequent durchzudeklinieren, was das Recht auf Beteiligung bedeutet, und dies nicht schwerpunktmäßig über einzelne Projekte abzudecken.

Die Absenkung des Wahlalters ist aus meiner Sicht eine gute und hilfreiche Maßnahme, die die Selbstwirksamkeit und das Interesse von Jugendlichen an Politik nachweislich stärkt. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, sich nicht darauf zu begrenzen. Eine Absenkung des Wahlalters allein ist nicht die Lösung des Problems oder des Anliegens. Trotzdem halte ich es für absolut sinnvoll, Jugendlichen bereits früher die Verantwortung zuzutrauen, zu wählen, weil sie dann in einem entscheidenden Alter, in dem es darum geht, sich politisch zu positionieren, ganz anders motiviert sind, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen, und weil sie wissen, dass auch ihre Stimme zählt und dass sie mit ihrer Stimme Politik beeinflussen können.

*

Die **Enquetekommission** verständigte sich darauf

- den VNL/VDR Verband Niedersächsischer Lehrer,
- die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Niedersachsen sowie
- den Niedersächsischen Philologenverband,

die ebenfalls zu der Anhörung eingeladen worden waren, jedoch verhindert waren bzw. für die heutige Sitzung abgesagt hatten, um schriftliche Stellungnahmen zu bitten.

Tagesordnungspunkt 3:

Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung

Mit E-Mail vom 17. November hatte die wissenschaftliche Begleitung der Kommission den Entwurf eines in vier Blöcke gegliederten Zeitplans sowie Ablaufpläne für die einzelnen Blöcke zugeleitet.

Herr **Dr. Micus** (LTVerw) erläuterte zunächst den in die vier Blöcke

- Block I/Ziffer 4: Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalen Mandat ,
- Block II/Ziffer 1: Handlungsfelder für die drängenden Herausforderungen rund um das Ehrenamt,
- Block III/Ziffer 2: Maßnahmen zur Förderung und Stärkung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten Engagements,
- Block IV/Ziffer 4; Ziffer 3: Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Ehrenamtsquote von Frauen und jungen Erwachsenen

gegliederten Entwurf eines Zeitplans.

Er legte dar, in der Sitzung am 27. November könnte sich die Kommission mit Gewalterfahrungen Ehrenamtlicher sowie mit der Frage des Schutzes vor zunehmenden Übergriffen auf Politikerinnen und Politiker, aber auch auf andere ehrenamtlich Tätige und insbesondere sozusagen auf uniformierte Ehrenamtliche wie Angehörige von Feuerwehren und Rettungsdiensten befassen. Das Institut für Demokratieforschung habe mit dem Institut B3 aus Dresden zusammengearbeitet, das für das Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ diesen Phänomenbereich untersucht habe.

Am 16. Dezember könnte sich die Kommission dann mit dem Thema „Stärkung der Kommunalparteien“ beschäftigen. Bei der Stärkung des kommunalen Mandats gehe es auch um die Organisationen, in denen kommunale Mandatare tätig seien. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, welche Stellung Kommunalparteien im Rahmen der Gesamtparteien einnehmen und welche Maßnahmen im Interesse einer inneror-

ganisatorischen Aufwertung möglich seien und was im Sinne einer Öffnung einerseits nach innen, also mit Blick auf die „einfachen“ Mitglieder, andererseits aber auch nach außen mit Blick auf Personen, die nicht Mitglied der Partei seien, aber möglicherweise als Interessierte gewonnen werden könnten, getan werden könne.

Für den 4. Dezember wäre es möglich, das Thema „Ehrenamt braucht Hauptamt“ einzuschieben. In den bisherigen Sitzungen sei angesprochen worden, dass Ehrenamtliche von der hauptamtlichen Ebene zu wenig Respekt erfahren bzw. nicht hinreichend eingebunden würden. Allerdings bedürfe es auch fester Strukturen, die das ehrenamtliche Engagement förderten. Dies gelte insbesondere mit Blick auf die sogenannten unterrepräsentierten Gruppen, die bildungsfernen Gruppen, die migrantischen Gruppen, aber auch für die sogenannten benachteiligten Quartiere. Gemeinwesenarbeit komme ohne hauptamtliche Strukturen nicht aus.

Am 13. Januar könnte sich die Kommission dann, obwohl dies auch Berührungspunkte zu Block III habe, im Rahmen des ersten Blocks mit Fragen der Gleichstellung und Frauenförderung befassen.

Immer wieder werde betont, wie wichtig Engagement und insbesondere ehrenamtliches Engagement für die Demokratie seien. Gerade in den vergangenen Jahren sei aber zunehmend auch Gemeinwesenarbeit aus extremistischer, vor allem rechtsextremistischer Perspektive und auch aus salafistischer Perspektive zu verzeichnen. Hier gehe es um die sogenannte dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Von daher wären Instrumente zu identifizieren, mit denen verhindert werde, dass sozusagen versehentlich auch engagierte Gegner der Demokratie mit gefördert würden. Die Kommission könnte dies aufgreifen und sich am 22. Januar 2021 mit dem Thema „das demokratie-stärkende Ehrenamt fördern“ bzw. „die zivile Zivilgesellschaft fördern“ beschäftigen.

Was den Block II betreffe, so könnten als Handlungsfelder in jeweils einer Sitzung die Themen Gesundheit, Altenpflege, Wohnen, lokale Beschäftigungspolitik sowie Kinder- und Jugendhilfe behandelt werden. Eingeschoben werden könnten am 24. Februar die Vorstellung und Diskussion des Entwurfs zum Zwischenbericht sowie am 26. März die Präsentation und Diskussion der Online-Befragung.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) bezeichnete den Vorschlag, in dem ersten Block auch den Aspekt „Ehrenamt braucht Hauptamt“ zu behandeln, als spannend und sprach sich dafür aus, sich dafür gegebenenfalls auch mehr Zeit als nur eine Sitzung zu nehmen.

Frau **Insa Lienemann** merkte an, für sie persönlich sei es nur schwer auszuhalten, wenn „Migration“ und „Benachteiligung“ im Sprachgebrauch, auch wenn zwischen den Wörtern ein Komma gesetzt werde, gleichgesetzt würden. Migrationshintergrund stelle keine Benachteiligung dar.

Herr **Falk Hensel** schloss sich dem Vorschlag an, sich auch mit dem Aspekt „Ehrenamt braucht Hauptamt“ zu befassen. Dieser Aspekt dürfe dann aber nicht ausschließlich aus der kommunalpolitischen Perspektive betrachtet werden. Vielmehr sollte sich die Behandlung dieses Aspektes auf das gesamte Ehrenamt beziehen. Anderenfalls müsste dieser Aspekt an anderer Stelle noch einmal einfließen.

Der Block II sei aus der Sicht der Freien Wohlfahrtspflege zu begrüßen, da er fast alle ihrer Themen betreffe. Allerdings wäre es aus seiner Sicht besser, den Aspekt „Altenpflege“ durch „Seniorenarbeit“ zu ersetzen.

Außerdem stelle sich ihm die Frage, wann sich die Kommission mit dem Ehrenamt im Vereins- und Verbandsleben, etwa mit der Vorstandsarbeit, befassen wolle und ob diese Fragen fachlich jeweils in die einzelnen Themenbereiche eingeflochten werden sollten. In den vier Blöcken finde sich dieser Part, der alle Verbände betreffe, nicht wieder. In diesem Zusammenhang gehe es z. B. auch um Haftungsfragen und darum, dass immer weniger Mitglieder bereit seien, Vorstandsarbeit und damit Verantwortung nach dem BGB zu übernehmen. Diese Fragestellungen seien wichtig, um das Vereinsleben in Niedersachsen zu erhalten. Dies betreffe die Wohlfahrtspflege ebenso wie andere Bereiche.

Außerdem sei ihm bislang nicht ersichtlich geworden, wo das Ehrenamt, das nicht vereinsgebunden sei, und wo etwa die Freiwilligenagenturen behandelt werden sollten. Eigentlich hätte er erwartet, dass sich die Kommission in Block II mit diesem Bereich befasse.

Bei dem Aspekt „Wohnen“ sei ihm nicht klar, ob damit die Quartiersarbeit und sozialräumliches Arbeiten oder andere Themen gemeint seien.

Herr **Dr. Micus** (LTVerw) antwortete, aus seiner Sicht sei es völlig problemlos möglich, anstelle des Themas „Altenpflege“ auf „Seniorenarbeit“ abzustellen.

Bei dem Aspekt „Wohnen“ gehe es in der Tat nicht um die eigene Wohnung, sondern um die Wohn- und Sozialraumentwicklung, also z. B. um Konflikte im Zusammenhang mit Gentrifizierung.

Angesichts des engen Zeitfensters, das der Kommission zur Verfügung stehe, habe sich die wissenschaftliche Begleitung bei der Erarbeitung des Entwurfs für einen Zeitplan auf bestimmte Aspekte begrenzen müssen. Sie habe an mehreren Stellen in dem Entwurf des Zeitplans mit „Order-Themen“ gearbeitet, da sie den Eindruck gehabt habe, dass die Anzahl der Sitzungen nicht ausreichen werde, um alle in Betracht kommenden Themen zu behandeln.

Was die Haftungsfragen angehe, so sei er davon ausgegangen, dass dieser Part bereits in der Sitzung, in der das Justizministerium unterrichtet habe, behandelt worden sei.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) warf ein, wenn sie dies richtig verstanden habe, sei es Herrn Hensel auch darum gegangen, wo bei juristischen Fragestellungen die Ehrenamtlichen Beratung und Hilfestellung erhielten. Auch mit dieser Fragestellung sollte sich die Kommission befassen. Die Unterrichtung durch das Justizministerium habe dies nicht abgedeckt.

Frau **Insa Lienemann** meinte, in der Tat sei das Thema Vereins- und Verbandsleben wichtig. Nach ihrer Ansicht seien Vereine eine wichtige Grundlage des demokratischen Systems in Deutschland sowie eine Basis ehrenamtlichen Engagements. Das Image von Vereinen sei im Laufe der Zeit jedoch schlechter geworden. Zudem seien die Rahmenbedingungen für Engagement in Vereinen nicht immer klar. Dabei gehe es nicht nur um Haftungsfragen, vor denen Vereinsvorstandsmitgliedern stünden, sondern dies ziehe sich wie ein roter Faden insgesamt durch die Frage, wie die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement gestärkt werden könnten. In der bisherigen Zeitplanung finde sich dies aber nicht wieder.

In Deutschland gebe es einen großen Schatz an Vereinen. Im europäischen Ausland werde Deutschland dafür beneidet, dass es hier so viel Engagement in Vereinen gebe.

Herr **Dr. Micus** (LTVerv) antwortete, von der wissenschaftlichen Begleitung sei angedacht gewesen, den Aspekt des Vereins- und Verbandslebens unter Block III in der Sitzung am 12. Mai 2021 zu behandeln. Bei „Förderung von ehrenamtlichem Engagement in der Organisationsentwicklung“ gehe es seines Erachtens auch um die Frage, wie Vereins- und Verbandsstrukturen aufgebaut sein müssten, um offen für Engagementbereitschaft und Engagementinteressen zu sein.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) hob hervor, dass er Probleme mit dem vorgelegten Entwurf einer Zeitplanung habe.

Der Auftrag der Kommission bestehe darin, Vorschläge für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement zu erarbeiten. Hierzu enthalte der Einsetzungsbeschluss vier Ziffern, die sich auch in den Blöcken des Entwurfs einer Zeitplanung wiederfinden.

Die Enquetekommission habe sich darauf verständigt, eine thematische Abschichtung vorzunehmen und ihre Arbeit mit Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses zu beginnen. Dem entspreche Block I des Entwurfs für einen Zeitplan.

Gewalterfahrungen machten aber nicht nur Ehrenamtliche im Bereich der Kommunalpolitik, sondern auch die ehrenamtlichen Angehörigen von Feuerwehren und Rettungsdiensten. Von daher gehe der Aspekt „Gewalterfahrungen Ehrenamtlicher“ deutlich über den Block I hinaus.

Seines Erachtens sei der vorgeschlagene Aufbau des Zeitplans mit Blick auf die vorgesehene thematische Abschichtung, wobei bei den jeweiligen Themen jeder einzelne Bereich betrachtet werden solle, nicht zielführend. Der Aspekt „Gewalterfahrungen“ müsste diverse Male, und zwar jedes Mal bezogen auf das zu behandelnde Thema, besprochen werden. Eine einzige Sitzung werde dafür nicht reichen.

Hinzu komme, dass der Aspekt „Gewalterfahrungen Ehrenamtlicher“ nach dem Entwurf eines Zeitplans für den Tag vorgesehen sei, für den die Enquetekommission eine Anhörung vorgesehen habe.

Bei einigen der in Block II genannten Aspekte stelle sich Frage nach dem Bezug zum Ehrenamt. Statt „Gesundheit“, „Altenpflege“, „Wohnen“ und „Kinder- und Jugendhilfe“ hätte er in diesem Block eher Überschriften wie „Bürokratie“ und „rechtliche Rahmenbedingungen“ sowie „Steuerrecht“

erwartet, da es hierbei um konkrete Handlungsfelder für die drängenden Herausforderungen rund um das Ehrenamt gehe.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) schlug vor, einen Bereich „Allgemeines“ vorzusehen, in dem die allgemeinen Fragen, die immer wieder auftauchten, sozusagen unter einem Dach abgearbeitet werden könnten.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU) merkte an, Block II in der vorgeschlagenen Fassung könnte den Eindruck erwecken, als solle sozusagen versucht werden, das Leid der gesamten Welt zu mildern. Bei der Arbeit der Enquetekommission gehe es jedoch um die Stärkung und Förderung des Ehrenamtes, also auch um die Frage, wie mehr Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten gewonnen werden könnten. Sicherlich habe dies Auswirkungen auf das Ehrenamt im Gesundheitsbereich und in der Altenpflege, in der Sozialraumentwicklung sowie der Kinder- und Jugendhilfe. Wenn sich die Kommission jedoch detailliert mit jedem dieser Bereiche auseinandersetzen wollte, würde sie ihren Bericht bis zum Ende der Legislaturperiode nicht vorlegen können.

Maßstab für ihn sei, betonte der Abgeordnete, dass im Sommer des nächsten Jahres den Vereinen und Verbänden etwas an die Hand gegeben werden könne, was ihnen helfe, Mitglieder und Ehrenamtliche zu halten sowie neue Mitglieder und ehrenamtlich Tätige zu gewinnen. Dabei gehe es aber nicht um die Frage, ob und gegebenenfalls wie die Kinder- und Jugendhilfe neu organisiert werden sollte. Diese Frage sei zwar wichtig, aber nicht Aufgabe der Enquetekommission.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) meinte, offensichtlich räche sich, dass die Kommission ihre Arbeit sozusagen einfach mal mit der Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses begonnen habe. So sei z. B. das, was die Vertreterin der Landeszentrale für politische Bildung in der heutigen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 2 ausgeführt habe, für viele Bereiche der ehrenamtlichen Tätigkeit und nicht nur für das kommunale Mandat interessant. Auch Bedrohungen und Gewalt beträfen nicht nur das kommunale Mandat oder Feuerwehren, sondern etwa auch jugendpolitische Organisationen. Selbst in kirchlichen Kreisen werde über Gewalt Erfahrungen berichtet.

Auch bei Aspekten wie Steuererleichterungen und Bürokratie gehe es nicht nur um das kommu-

nale Ehrenamt, sondern auch um den Sport und viele andere Bereiche. Um den Aspekt der Gleichstellung gehe es nicht nur in Block I, sondern auch in Block IV.

Aus seiner Sicht empfehle es sich, Themen, die in mehreren Blöcken vorkämen, zu sammeln und nach und nach abzuarbeiten.

Er persönlich hätte sich vorgestellt, dass zunächst über

- Hemmnisse und Probleme,
- Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt, der Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt,
- Bürokratie und Steuerfragen,
- die bessere Verzahnung von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Strukturen,
- die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen,
- das Thema Diversität sowie
- Fragen der Gleichstellung

gesprochen werde, da sich diese Themen auf alle Blöcke bezögen, um daran anschließend die einzelnen Betätigungsfelder - etwa Jugendarbeit, Feuerwehr, Sport, politische Gruppierungen - durchzugehen und dann Lösungsideen sowie am Ende Empfehlungen zu entwickeln.

Dadurch, dass die Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses vorgezogen worden sei, was mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen auch durchaus nachvollziehbar sei, gerate die Kommission nun ein wenig ins Stolpern.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP) schloss sich den Ausführungen des Abg. Bajus an.

In den Blöcken II und III, so der Abgeordnete weiter, fehlten ihm die Themen

- „Zivil- und Katastrophenschutz“ mit den Aspekten Freiwillige Feuerwehren, THW etc.,
- „Soziales“ mit den Aspekten Tafeln, Drogenberatung, Schuldnerberatung etc. sowie
- „Wirtschaft“ mit den Aspekten Prüfungsausschüsse und Arbeit in Gremien etwa der IHK.

Außerdem gehe es bei den Fragestellungen der Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt auch um die Bereiche Sport, Kirchen und karitative Einrichtungen.

In Block III seien sechs Themenbereiche genannt, von denen drei ausgewählt werden sollten. Seines Erachtens wäre es sinnvoll, alle sechs Themenbereiche zu behandeln.

Herr **Jens Risse** betonte, für ihn sei aus jugendverbandlicher Sicht sowie aus jugendarbeiterischer Sicht das Thema „Wechsel vom ‚alten‘ zum ‚neuen‘ Ehrenamt“ wichtig. Immer mehr Menschen, so Herr Risse, wollten sich nicht für mehrere Jahre in Vorstandsposten wählen lassen, sondern sich für kurz umrissene, zeitlich klar begrenzte Aufgaben engagieren. Eingetragene Vereine benötigten aber Personen, die zu Vorstandsarbeit im Sinne des Vereinsrechts bereit seien. Viele junge Menschen könnten sich dafür jedoch nicht begeistern.

Dies werde in den nächsten Jahren erhebliche Auswirkungen auf das gesamte Vereins- und Verbandswesen haben, und die Jugendverbände müssten sich damit schon jetzt existenziell auseinandersetzen.

Dies betreffe nicht nur die Jugendverbände, sondern den gesamten Bereich des ehrenamtlichen Engagements und müsse von daher von der Kommission zwingend behandelt werden.

Herr **Dr. Micus** (LTVVerw) antwortete, seitens der wissenschaftlichen Begleitung sei angedacht gewesen, genau diese Fragestellungen in Block IV unter „Jugend und ehrenamtliches Engagement“ zu behandeln. Die wissenschaftliche Begleitung habe durchaus im Blick, dass sich die Beteiligungsmotive bei Jugendlichen im Wandel befänden.

Vor dem Hintergrund des Zeitrahmens, der der Kommission zur Verfügung stehe, werde es sicherlich Themen geben, die als wichtig erachtet würden, aber nicht behandelt werden könnten.

Ziel des Blocks II sei es, die generellen Erwartungen im Hinblick auf die Veränderungen der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement vor dem Hintergrund der Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf die einzelnen Bereiche herunterzudeklinieren.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) meinte, vor dem Hintergrund all dessen, was bislang unter Tagesordnungspunkt 3 angesprochen worden sei, werde es seines Erachtens nicht möglich sein, auf die Schnelle eine Einigung über den Zeitplan herbeizuführen.

Von daher schlage er vor, die in der heutigen Sitzung vorgetragenen Anmerkungen und Anregungen im Kreis der Obleute der Fraktionen unter Mitwirkung der wissenschaftlichen Begleitung zu bündeln.

Auf jeden Fall sollte in der heutigen Sitzung versucht werden, Einvernehmen bezüglich des Blocks I herbeizuführen.

Im Übrigen sei ihm deutlich geworden, dass das Ziel, bis zum 30. Juni des kommenden Jahres einen Bericht vorzulegen, mehr als sportlich sei. Daher sollte sich die Kommission bereits jetzt Gedanken darüber machen, ob der Zeitraum bis zum Abschluss ihrer Beratungen nicht verlängert werden sollte.

Frau **Annette Reus** merkte an, sie habe, gerade da der Zeitdruck so stark sei, eher erwartet, dass sich die Kommission den großen Querschnittsherausforderungen wie

- Nachwuchsgewinnung in den Vereinen,
- Flexibilisierung von Organisations- und Engagementstrukturen,
- Digitalisierung,
- Aufwandsentschädigungen und Steuerbefreiungen,
- Diversität in Vereinen bzw. Engagementstrukturen,
- Ausbau der wichtigen Engagementinfrastrukturen wie Freiwilligenagenturen und Netzwerke sowie neu zu schaffende Werkstätten und Foren,
- Modernisierung der Anerkennungskultur

zuwende.

Wie Herr Dr. Micus zu Recht geltend gemacht habe, könne die Kommission bis Juni des kommenden Jahres nicht alle Themen abhandeln, wenn diese einzeln betrachtet werden sollten.

Die Kommission habe in der heutigen Sitzung bereits über die Bedeutung von Partizipation gesprochen. Die Online-Befragung, die die Kommission in Aussicht genommen habe, stelle ein umfassendes und ernstzunehmendes partizipatives Element dar.

Dem Entwurf eines Zeitplans könne sie aber nicht entnehmen, wie sich die Kommission den Anregungen, die im Rahmen der Online-Befragung gesammelt würden, und wie sie sich den wichti-

gen Aspekten, die von den Akteuren der Zivilgesellschaft vorgebracht würden, zuwenden wolle. Der Entwurf des Zeitplans enthalte dafür keinen Themenblock und keinen Termin. Sie gehe im Übrigen davon aus, dass ein einziger Termin dafür nicht reichen werde.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) merkte an, obwohl sich die Kommission darauf verständigt habe, ihre Arbeit mit der Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses zu beginnen, seien im Zusammenhang mit den Unterrichtungen, die die Kommission bereits entgegengenommen habe, viele Fragen angesprochen worden, die den Bereich des kommunalen Ehrenamtes verlassen hätten.

Die thematische Abschichtung, auf die sich die Kommission verständigt habe, sei möglicherweise nicht der beste Weg.

Von daher schlage er vor, dass die Obleute der Fraktionen gemeinsam mit der Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie unter Mitwirkung der wissenschaftlichen Begleitung auf der Basis der in der heutigen Sitzung vorgetragenen Anregungen und Anmerkungen rechtzeitig vor der nächsten Sitzung einen neuen Vorschlag für einen Zeitplan erarbeiteten. - Widerspruch hiergegen erhob sich nicht.

*

Vors Abg. **Petra Tiemann** (SPD) kam sodann auf das nach dem Einsetzungsbeschluss für die Arbeit der Kommission vorgesehene Zeitfenster zu sprechen. Sie merkte an, vor dem Hintergrund der Themenvielfalt - die Kommission habe allein zum kommunalen Ehrenamt bereits eine Vielzahl von Aspekten zusammengetragen -, sollte überlegt werden, ob das Zeitfenster bis auf die Zeit nach den Parlamentsferien im Sommer erweitert werden sollte. Dies böte die Möglichkeit, die thematischen Beratungen vor der Sommerpause abzuschließen und den Abschlussbericht dann in zwei oder drei Sitzungen nach der Sommerpause zu diskutieren.

Für eine Verlängerung, so die Vorsitzende, wäre allerdings ein entsprechender Beschluss des Landtages erforderlich.

*

Vors Abg. **Petra Tiemann** (SPD) erinnerte daran, dass die Kommission in ihrer Sitzung am 6. November darum gebeten hatte, der wissenschaftlichen Begleitung bis zum 20. November Frage-

stellungen, die in den Fragebogen für die vorgesehene Online-Befragung aufgenommen werden sollten, zuzuleiten.

Dass dieser Termin eingehalten werde, sei auch insofern von Bedeutung, als es für die wissenschaftliche Begleitung eine erhebliche Herausforderung darstellen werde, so die Vorsitzende, einen Bogen mit Fragen zu entwickeln, deren Beantwortung nicht länger als 10 bis 15 Minuten dauere.

Frau **Annette Reus** warf die Frage auf, ob es auch nach dem 20. November noch möglich sein werde, sich bei der Erarbeitung des Fragebogens einzubringen und nach der Vorlage eines Entwurfs hierauf zu reagieren und gegebenenfalls Lücken zu identifizieren.

Vors Abg. **Petra Tiemann** (SPD) antwortete, selbstverständlich werde die Kommission, sobald die wissenschaftliche Begleitung den Fragebogen entworfen habe, noch einen Blick darauf werfen.

Herr **André Kwiatkowski** bezeichnete es als sinnvoll, im Interesse einer Verknüpfung der Online-Umfrage und der von der Kommission zu bearbeitenden Querschnittsaufgaben Schnittmengen zu bilden, da es die Kommission anderenfalls mit unterschiedlichen und nicht deckungsgleichen Arbeitsgrundlagen zu tun hätte.

Aus seiner Sicht sei es zwingend erforderlich, die Online-Befragung an die Querschnittsthemen, die die Kommission bearbeiten wolle, anzupassen.

Herr **Karl-Heinz Banse** merkte an, ihm wäre es recht, wenn der Entwurf des Fragebogens den Kommissionsmitgliedern zugeleitet werde, um gegebenenfalls noch Änderungen oder Ergänzungen vornehmen zu können. Auch seines Erachtens werde es nicht anders möglich sein, als die Online-Befragung und die Querschnittsthemen miteinander zu verbinden.

Herr **Dr. Florian Hartleb** regte an, bevor der Fragebogen verschickt werde, durch Testpersonen prüfen zu lassen, ob die Fragen tatsächlich innerhalb von 10 bis 15 Minuten beantwortet werden könnten.

Außerdem warf er die Frage auf, inwieweit es im Rahmen der Befragung ermöglicht werden solle, eigene Vorschläge zu unterbreiten.

Tagesordnungspunkt 4:

Zusammenfassung der Ergebnisse

Herr **Dr. Micus** (LTVerw) fasste die Ergebnisse der heutigen Sitzung wie folgt zusammen:

In der Sitzung wurde die Notwendigkeit

- klarerer Kerncurricula sowie
- die Bedeutsamkeit der größeren Erlebbarkeit des Politikunterrichts

angesprochen.

Es wurden Kommunikationsmängel zwischen den Initiativen, Programmen und Trägern moniert.

Es wurde die Wichtigkeit

- von Digitalisierungsansätzen und
- einer ausgeprägten Anerkennungskultur

erwähnt.

Durch die Sitzung zog sich, wie wichtig Vernetzung und Netzwerke für die politische Bildungsarbeit sind.

Es wurden Angaben zum Grad des Politikunterrichtes an Schulen mit Lehrkräften sowie zu Elternvertretungen erbeten.

Angesprochen wurden die Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Bildung sowie der Verbesserungsbedarf in diesem Bereich.

Gesagt wurde, dass es wichtig sei, für die in der ehrenamtlichen Arbeit unterrepräsentierten Gruppen und gerade auch für bildungsschwache Jugendliche Zugänge zu finden und Fremdheit abzubauen.

Festzuhalten bleibt außerdem, dass politische Mitsprache und politische Bildung, Beteiligung und Interesse nicht nebeneinanderstehen, sondern miteinander verknüpft sind.

In der Unterrichtung wurde die Vergleichsperspektive zu anderen Bundesländern angesprochen.
